

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	19
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Bildung und Klimaschutz	

THEMEN DES MONATS

Europapolitik

Mahnung zu mehr Nachhaltigkeit

Die Europäische Union muss reformiert werden, damit sie ihren Zukunftsaufgaben gerecht werden kann

Seite 2

Energienetze

Demokratisch, sozial, klimaverträglich

Fernwärme-, Strom- und Gasnetz sollen in Hamburg künftig in der öffentlichen Hand liegen

Seite 4

Biologische Vielfalt

Einreiseverbot für Aliens

Der Vorschlag der EU-Kommission zum Schutz vor invasiven Arten enttäuscht die Naturschützer

Seite 6

Interview: Landwirtschaftspolitik

„Ausverkauf der Agrarflächen stoppen“

Ohne Agrarsubventionen gäbe es mehr bäuerliche Betriebe und weniger Großbetriebe

Seite 17

Europapolitik

Mahnung zu mehr Nachhaltigkeit

Die Europäische Union muss reformiert werden, um den Zukunftsaufgaben gerecht zu werden

Ein Jahr nach der Ehrung mit dem Friedensnobelpreis stellen Euro- und Wirtschaftskrise die EU vor eine Zerreißprobe. In fast allen europäischen Staaten werden die Europaskeptiker stärker, ein Rückzug ins Nationale kann weder die ökonomischen noch die ökologischen Probleme lösen. Ist diese EU noch eine würdige Trägerin des Friedensnobelpreises? ■ VON CHRISTIAN HEY

Vor einem Jahr wurde die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Der Preis war gleichermaßen Anerkennung und Mahnung: Anerkennung für eine Vereinigung von ehemaligen Kriegsgegnern, die über Jahre hinweg friedenssichernde Institutionen geschaffen haben – und Mahnung dafür zu sorgen, dass diese Institutionen ihre Aufgabe auch in Zukunft nach innen und außen erfüllen können. Aber die Krise des Euro und die Schuldenkrise einiger Mitgliedstaaten bereiten Anlass zur Sorge und stellen die EU insgesamt vor Zerreißproben. Friedenssicherung muss zudem präventive Antworten auf die sich zuspitzenden Ressourcen- und Umweltkonflikte des 21. Jahrhunderts finden. Das aktuelle Krisenmanagement der EU verdrängt diese Zukunftsaufgabe aber.

Europa fällt ökonomisch auseinander

Nach einigen Jahren der Konvergenz driftet der Euroraum seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 deutlich auseinander. Die einzelnen Länder haben ganz unterschiedlich auf die externen ökonomischen Schocks reagiert: Deutschland erreicht von Jahr zu Jahr einen neuen Exportüberschuss, andere Länder kämpfen dagegen mit negativen Handelsbilanzen. Die starke Wettbewerbsstellung Deutschlands ist nach Ansicht kritischer Beobachter auf übertriebene Lohnzurückhaltung und weitreichende Sozialreformen zurückzuführen. Hinzu kommen die Effekte der Währungsunion, die einerseits bewirken, dass Deutschland vom Euro besonders profitiert hat, weil er gemessen an den deutschen Überschüssen zu schwach bewertet ist und damit deut-

sche Exporte verbilligt. Für die Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder ist der Euro hingegen zu stark.

Mittlerweile wurden in einigen Ländern drastische Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung umgesetzt, die innerhalb weniger Jahre Kürzungen der Staatsausgaben von 15 bis 20 Prozent erreichten. Die Einschnitte und sozialen Folgen sind zum Teil dramatisch. Das Management der Staatsschuldenkrise hat ein kaum überwindbares Dilemma geschaffen: Der Versuch, die defizitären Staatshaushalte auszugleichen, verschärft einen Teufelskreislauf sinkender Wirtschaftsleistung, steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Staatseinnahmen und damit vergeblicher oder zumindest extrem kostspieliger Konsolidierungsmaßnahmen. Europa schlittert in eine real existierende Postwachstumsökonomie. Das verstärkt auch europaskeptische Tendenzen auf allen Ebenen – die EU wird unpopulär.

Mehr und nicht weniger Europa!

Dabei ist ein Ausweg aus der Krise nicht durch eine Renationalisierung zu erwarten, sondern nur durch einen neuen Europäisierungsschub. Nur dadurch lassen sich Handlungsspielräume gegenüber den internationalen Finanzmärkten zurückgewinnen. Schon lange wird daher eine europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik gefordert, die Regeln für Defizit- wie für Überschussländer aufstellt und umsetzt. Im Grunde müsste dann aber auch die Stärkung der umwelt- und klimapolitischen Kompetenzen gefordert werden. Sonst führt eine forcierte Wachstumspolitik in neue, dann ökologische Abgründe. Wer die vielen neuen Zukunftsberichte ge-

lesen hat, weiß, dass sich die Weltgemeinschaft, und damit auch die EU, auf einen Zustand jenseits sicherer planetarischer Grenzen hinbewegt. Großräumige Ökosysteme drohen unwiderruflich umzukippen. Friedenspolitik und Krisenprävention müssen daher mehr denn je die konfliktreichen Zusammenhänge von Landnutzung, Wasserknappheit, Klimawandel und Verlust der Bodenfruchtbarkeit ins Blickfeld rücken. Ohne die Beachtung und die Vermeidung solcher globalen und systemischen Nebenfolgen des Wachstums wird Friedenssicherung dauerhaft nicht möglich sein.

Klimapolitik als ökonomische Chance

An inhaltlichen Lösungsvorschlägen gegen die multiplen Krisen besteht kein Mangel. Die Krisenmanager sehen aber viel zu selten, dass auch die europäische Umwelt- und Klimapolitik einen wichtigen Beitrag leisten könnte, die ökonomische Lage zu stabilisieren. In der EU wird das inzwischen unter dem Leitbild einer „Green Economy“ diskutiert. In den letzten Jahren hat die Europäische Kommission dazu zahlreiche, zum Teil auch weitreichende Initiativen ergriffen.

Zu nennen ist hier insbesondere der „Fahrplan 2050 für eine kohlenstoffarme Wirtschaft“, der für den Energie- und den Verkehrssektor weiter konkretisiert worden ist. Um eine Reduktion der Treibhausgase um 80 Prozent zu erreichen, muss beispielsweise die Stromversorgung vollständig klimaneutral umgestaltet werden. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung in der EU mindestens 60 Prozent betragen muss. Klimaschutz erfor-

dert also in jedem Falle den Ausbau der regenerativen Energien und eine erhebliche Verbesserung der Energieeffizienz.

Der Umbau der Energieversorgung ist aber mit erheblichen Investitionen verbunden, die über viele Jahre diejenigen der Konjunkturprogramme aus den Jahren 2008 und 2009 übersteigen. Anders als Steuererleichterungen oder Abwrackprämien haben diese Investitionen aber einen Multiplikatoreffekt: Wer in Energieeffizienz und erneuerbare Energien investiert, schafft Kaufkraft in Europa, die zuvor an Ölscheichs, Kohle- und Gasexporteure abgeflossen ist. Das saniert Handelsbilanzen, schafft Arbeitsplätze und trägt auch zu einer besseren Einnahmesituation der Staaten bei; die Senkung der Treibhausgasemissionen ist nicht zu verschweigen.

Neubestimmung der Rolle Deutschlands in der EU

Um den Weg aus der Krise zu finden, steht insbesondere eine ökonomisch-ökologische Neubestimmung der Rolle Deutschlands in der EU an. Zudem darf die Vertiefung der europäischen Integration in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht vor der Umwelt- und Energiepolitik haltmachen.

Gezielte Impulse werden notwendig sein, um die mit der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise auseinanderdriftende Einkommensverteilung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten und zwischen ihnen umzukehren. Das wird der auf die Haushaltskonsolidierung begrenzte Fiskalpakt nicht schaffen können. Er wird sogar seine eigenen Ziele verfehlen, wenn er nur auf Sparpolitik setzt, weil eine Haushaltskonsolidierung in der Rezession nicht gelingen kann. Wirtschaftswachstum kann aber angesichts der ökologischen Grenzüberschreitungen nicht mehr unqualifiziert und ungesteuert erfolgen.

Es gilt also Fiskal-, Wirtschafts- und Klimapolitik auf höchster Ebene zu verknüpfen. Die Kunst besteht darin, wirtschaftliche Impulse, technologische Innovation, aktive Ressourcenschonung und ehrgeizigen Klimaschutz auf kluge Weise mit der Sanierung der öffentlichen Haushalte zu verbinden. Dazu braucht

es Erfolgsmodelle und experimentierfreudige Vorreiter. Deutschland hat hierbei eine Schlüsselrolle inne. Man müsste in Deutschland allmählich begriffen haben, dass eine rein nationale Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Probleme in anderen Ländern schafft, die früher oder später wieder zurückschlagen. Schuldner müssen mehr erzeugen als sie verbrauchen, um ihre Schulden zurückzahlen zu können. Das schaffen sie aber nicht, wenn sie gleichermaßen von den aufstrebenden Schwellenländern und einer aggressiven deutschen Standortpolitik in die Zange genommen werden.

Immerhin, es gibt einen Ausnahmebereich deutscher Politik, der bisher einer anderen Logik gefolgt ist: die Energiewende. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat nun über ein Jahrzehnt lang auch international die Entwicklungskosten für die erneuerbaren Energien übernommen und diese zu einem mächtigen Konkurrenten der fossil-nuklearen Energiewirtschaft gemacht. Die deutsche Energiewende ist ein Modell dafür, wie die Transformation der nationalen Energiewirtschaft gelingen kann – und zugleich dafür, dass eine weitere Europäisierung der Energie- und Klimapolitik erfolgen muss. Auch dieser Zusammenhang wird in der unter kurzfristigen Kosten- und Wettbewerbsgesichtspunkten geführten nationalen Debatte um die Energiewende oft sträflich vernachlässigt.

Vertiefung der europäischen Integration

Nicht zuletzt steht auch eine Vertiefung der europäischen Integration an – und damit notwendigerweise auch eine Weiterentwicklung des Lissabon-Vertrags. Diese Vertiefung darf sich nicht auf die Wirtschafts- und Haushaltspolitik beschränken, sie muss die EU endlich auch in den bisherigen Tabufeldern der europäischen Umweltpolitik handlungsfähiger machen: bei den Steuern, beim Energiemix und auch bei der Landnutzung. Die Land- und Bodennutzung wird durch viele EU-Maßnahmen direkt und indirekt beeinflusst, sodass schon alleine deshalb die Tabuisierung dieses Handlungsfeldes überholt ist.

Nur durch die Stärkung der Handlungsfähigkeit und Kompetenzen in diesen Bereichen kann die EU dauerhaft ihre friedensstiftende Rolle nach innen und außen wahrnehmen. Mehr Kompetenzen bedürfen aber auch einer breiteren demokratischen Legitimation, weil dann von der EU tiefgreifende Veränderungen für Mitgliedstaaten und Bürger ausgehen können, die zustimmungsfähig sein müssen. Es sind also weitere Reformen der europäischen Institutionen angesagt, um diesen Legitimationsbedarf auch decken zu können. Jürgen Habermas hat hierfür die Vision einer „doppelten Legitimation“ entwickelt: der direkten durch die Bürgerinnen und Bürger der EU und einer indirekten durch Staatsvölker, die durch die Kontrolle der nationalen Regierungen ihren Einfluss ausüben. Diese Vision läuft auf eine weitere Stärkung des Europaparlaments als verfassungsgebende Institution und Kontrolleur der Europäischen Kommission hinaus. Gleichzeitig erfordert sie aber auch die weitere Europäisierung öffentlicher Debatten, Parteien und Identitäten. Das ist Voraussetzung dafür, dass die Unionsbürgerschaft aktiv gelebt und erfahren wird und der Diskurs um große Fragen sich europaweit entfalten kann.

Der Reformbedarf ist also groß und umfassend, wenn sich die Europäische Union auch dauerhaft als würdig für den Friedensnobelpreis erweisen will.

Anmerkung

Eine lange Version dieses Artikels ist unter dem Titel „Nobelpreis für die EU: Mahnung zu mehr Nachhaltigkeit“ im Jahrbuch Ökologie 2014 erschienen; Simonis, Udo E. et al. (Hrsg.): *Brücken in die Zukunft – Jahrbuch Ökologie 2014*, S. Hirzel Verlag, ISBN 978-3-7776-2362-7.

Der Artikel ist eine persönliche Meinungsäußerung des Autors.

Dr. Christian Hey ist Generalsekretär des Sachverständigenrats der Bundesregierung für Umweltfragen.

Kontakt:
Tel. +49 (0) 30 / 263696-110
E-Mail: christian.hey@umweltrat.de
www.umweltrat.de



Energienetze

Demokratisch, sozial gerecht, klimaverträglich

Fernwärme-, Strom- und Gasnetz sollen in Hamburg künftig in der öffentlichen Hand liegen

Die Hamburgerinnen und Hamburger haben sich in einem Volksentscheid für den Rückkauf der Energienetze entschieden. Damit haben die Bürgerinnen und Bürger klargemacht: Wenn es um Energie geht, wollen sie mitbestimmen. In Berlin soll dieser Erfolg am 3. November wiederholt werden. Die Rekommunalisierung der Netze in Hamburg und Berlin hätte dann Signalwirkung für andere Städte. ■ VON GILBERT SIEGLER, UNSER HAMBURG – UNSER NETZ

Die Konzessionsverträge der Stadt Hamburg für das Fernwärme-, Strom- und Gasnetz mit den Betreiberkonzernen Vattenfall und Eon laufen dieses Jahr nach 20 Jahren aus. Auch in etwa 8.000 anderen Kommunen wird bis 2015 die Konzessionsvergabe neu geregelt. Die Städte müssen also entscheiden, ob sie die auslaufenden Verträge verlängern, an andere Unternehmen vergeben oder die Strom- und Gasnetze sowie die Fernwärmeversorgung wieder selber betreiben wollen. In Hamburg wie auch in anderen Kommunen war das vor Verkauf der Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) und der Hamburger Gaswerke (HGW) bereits der Fall. Zeitgleich mit der Bundestagswahl haben die Hamburgerinnen und Hamburger die Frage der Rekommunalisierung der Netze per Volksentscheid entschieden – gegen den Willen der regierenden SPD, der CDU und der FDP in der Hamburger Bürgerschaft. Eine Mehrheit will, dass die Versorgung mit Fernwärme, Strom und Gas in der öffentlichen Hand liegt. Trotz einer massiven Kampagne von SPD, CDU und FDP, der Handelskammer, der Unternehmerverbände und der Springerpresse fiel das Votum für diesen Schritt eindeutig aus – und das aus gutem Grund.

Energie ist Grundversorgung

Wasser und Abwasserentsorgung, Energie, Krankenhäuser, Pflege- und Bildungseinrichtungen oder öffentliche Verkehrsmittel sind Teil der kommunalen Grundversorgung, auf die jede Bürgerin und jeder Bürger angewiesen ist. Als solche dürfen sie nicht den Profitinteressen von Konzernen ausgeliefert sein, in deren Augen diese

Versorgungsleistungen nur ein Mittel zur Gewinnmaximierung sind. Mit der Privatisierung von HEW und HGW haben die Hamburgerinnen und Hamburger daher denkbar schlechte Erfahrungen gemacht: Die Strom- und Gaspreise stiegen weitaus stärker als die übrigen Lebenshaltungskosten.

Auch für den erfolgreichen Umstieg auf die flächendeckende Versorgung mit regenerativen Energien spielen Stromnetze in öffentlicher Hand eine zentrale Rolle. Tatsächlich ist die Energiewende eine öffentliche Aufgabe, deren Gelingen insbesondere auch mit Blick auf die Bekämpfung des Klimawandels von zentraler Bedeutung ist.

Die Erderwärmung ist in vollem Gange und auch in Deutschland ist das deutlich spürbar: Hitzewellen im Sommer, lange Winter und Jahrhunderthochwasser wie 2002 und in diesem Frühsommer machen den Klimawandel spürbar und werden in Zukunft immer häufiger auftreten. Zu

diesem Schluss kam im Sommer auch das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

Stromkonzerne sabotieren Energiewende

Die Energiewende kann und muss als klimapolitische Maßnahme dazu beitragen, die Erwärmung des Weltklimas zu bremsen. Deshalb gilt: weg von fossiler und atomarer Energiegewinnung durch Großkraftwerke und hin zu dezentraler und demokratisch kontrollierter Energiegewinnung aus regenerativen Quellen. Für die großen Energiekonzerne ist das allerdings eine existenzielle Bedrohung, denn im Energiesystem der Zukunft sind sie überflüssig. Also leisten Eon, Vattenfall, RWE und EnBW verbissenen Widerstand gegen die Energiewende. Sie wollen ihre dreckigen und gefährlichen, aber hochprofitablen Anlagen nicht aufgeben. Vattenfall zog sogar vor ein internationales Schiedsgericht der Weltbank, um hier von Deutschland Schadenersatz in Höhe von 3,7 Milliarden Euro für die abgeschalteten Atomkraftwerke einzuklagen.

Statt nach dem Atomausstieg auf erneuerbare Energien umzusteigen, beschleunigt der Konzern mit seiner massiven Kohleverstromung den Klimawandel. Ein Beispiel: In Hamburg-Moorburg baut Vattenfall ein riesiges Steinkohlekraftwerk, das für die Stromversorgung Hamburgs überflüssig ist. Es dient also allein den Exportinteressen des Konzerns, wird aber den CO₂-Ausstoß in Hamburg um mindestens 40 Prozent erhöhen. Das macht deutlich: Die Energiewende kann nur gegen und letztlich ohne die Energiekonzerne gelingen.

Unser Hamburg – unser Netz

2010 gründeten der BUND, die Verbraucherzentrale Hamburg, Diakonie und Bildung des evangelischen Kirchenkreises Hamburg-Ost, Robin Wood, Attac und die Bürgerinitiative „Moorburgtrasse stoppen!“ die Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“. Mit einem erfolgreichen Volksbegehren konnte die Initiative 2011 den Volksentscheid zur Rekommunalisierung durchsetzen. Am 22. September stimmten schließlich 50,9 Prozent der wahlberechtigten Hamburgerinnen und Hamburger für den Rückkauf der Netze durch die Stadt.

Zwar deuten der angekündigte Stellenabbau bei Vattenfall – allein in Deutschland sollen 1.500 Arbeitsplätze gestrichen werden – und die Teilung des Konzerns in eine schwedische und eine kontinentaleuropäische Sparte auf den Rückzug des Energieriesen vom deutschen Strommarkt hin. Kampflös wollen die Stromkonzerne das Feld aber nicht aufgeben, denn gerade der Netzbetrieb und die Fernwärmeversorgung sind gute und sichere Geschäfte, deren Gewinne direkt in die Taschen der Aktionäre fließen. Nur einen kleinen Teil der Erlöse investieren die Betreiberkonzerne wieder in Erhaltung und Ausbau der kommunalen Netze. Auch deshalb ist es wichtig, dass Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung wieder in der öffentlichen Hand liegen. Gehören die Netze der Stadt, können die Gewinne im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll eingesetzt werden.

Energieversorgung am Gemeinwohl orientieren

Als Eigentümerin der Fernwärmeleitungen sowie der Strom- und Gasnetze kann die Stadt auch die Entwicklung der kommunalen Energieversorgung gestalten: Ein Umbau des Netzes ist dringend erforderlich, um die Stromversorgung der Stadt aus dezentralen und regenerativen Energiequellen zu gewährleisten. Mit den Gewinnen aus den Netzen kann die Stadt zudem die Strompreise stabil halten und Arbeitsplätze sichern. Durch qualifizierte Verbraucherberatung könnte ein städtischer Energieversorger auch zu mehr Energieeffizienz beitragen – das ist nicht nur wichtig für das Gelingen der Energiewende, sondern schon auch den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur ein öffentliches Unternehmen wird sich das Ziel setzen den Stromverbrauch zu reduzieren und letztlich auf größere Umsatzzahlen zu verzichten.

Die Rekommunalisierung der Netze ist somit ein erster Schritt hin zu einer am Gemeinwohl orientierten Energieversorgung. Bei der Fernwärmeversorgung ist dieses Ziel sogar schon kurzfristig erreichbar: Das Hamburger Fernwärmenetz ist bisher nicht für dezentrale Blockheizkraftwerke

oder industrielle Abwärme geöffnet. Mit seiner ablehnenden Haltung zum Rückkauf der Netze verfolgte Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) eine Politik, die den Klimaschutz konterkariert und die Verbraucherinnen und Verbraucher unnötig belastet. Durch eine offene Fernwärmeversorgung könnten Heizkosten stabil gehalten und Preisanstiege gebremst werden. Für viele Familien sind die steigenden Heizungskosten in den letzten Jahren zu einem dramatischen Problem geworden. Wer bislang in Hamburg Fernwärme bezog, war dem Preisdiktat von Vattenfall ausgesetzt. Fernwärmekunden haben hier nicht die Möglichkeit ihren Anbieter frei zu wählen. Dadurch hat Vattenfall eine Monopolstellung inne. Der Konzern kontrolliert 82 Prozent der Fernwärmeversorgung.

Auch für den Klimaschutz kann die Rekommunalisierung der Fernwärmeversorgung schnelle Erfolge bringen: Bislang wird in Hamburg Fernwärme überwiegend durch Steinkohle erzeugt. Um CO₂-Emissionen wirksam zu verringern, darf für die Fernwärmeerzeugung aber keine Kohle mehr verbrannt werden. Ein städtischer Fernwärmeversorger könnte zügig auf eine Versorgung durch dezentrale gasbetriebene Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung umsteuern. Anders als ein privater Betreiber wäre er auch nicht auf enormen Profit angewiesen. Vattenfall erzielte zuletzt 33 Prozent Rendite.

Neben einer sozial gerechten und klimaverträglichen Energieversorgung aus regenerativen Quellen forderten die Hamburgerinnen und Hamburger beim Volksentscheid auch eine demokratische Kontrolle der Netze. In der Tat endeten Transparenz und Demokratie bislang an den Konzernen von Vattenfall und Eon. Echte demokratische Kontrolle der Fernwärmeversorgung sowie der Strom- und Gasnetze sowohl durch die Bürgerschaft als auch durch direkt-demokratische Mitbestimmung ist nur in einem öffentlichen Unternehmen möglich. Für ein Stadtwerk lässt sich beispielsweise die Veröffentlichungspflicht aller wesentlichen betriebswirtschaftlichen Daten durchsetzen. Ein Beirat, der von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen besetzt wird oder dessen Mitglieder direkt

gewählt werden, muss darüber wachen, dass die in der Unternehmenssatzung festgeschriebenen Ziele eingehalten werden.

Erfolg der Demokratie

Die Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“ musste gegen viele Widerstände ankämpfen. Immer wieder betonten Gegnerinnen und Gegner, die Übernahme der Netze sei zu teuer und übersteige die Möglichkeiten der Stadt. Aber auch dieses Argument lässt sich entkräften: Die Kosten für den Rückkauf sind aus den im Netzbetrieb erzielten Gewinnen problemlos finanzierbar. Bereits 1999 hatte der Bundesgerichtshof geurteilt, dass der Preis für ein Energienetz nur so hoch sein darf, dass er aus den Erlösen finanziert werden kann. Wenn die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement, Dachgesellschaft aller Hamburger Unternehmen und Beteiligungen, für den Netzkauf also einen Kredit aufnimmt, lässt sich dieser aus den Gewinnen finanzieren. Der Haushalt wird dadurch nicht belastet.

Die Argumente für eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratische Energieversorgung haben letztlich überzeugt. Die gesellschaftliche Mehrheit, die die Energiewende vorantreiben möchte, ist zu einer politischen Mehrheit geworden. Der Volksentscheid wurde somit ein nicht zu überschätzender Erfolg für die Demokratie in der Stadt und ein Beleg für die Notwendigkeit von mehr direkter Demokratie. Ist auch der Berliner Volksentscheid über die Rekommunalisierung des Stromnetzes am 3. November erfolgreich, werden sich weitere Nachahmer finden – denn die Energiewende kann nur mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen.

Gilbert Sieglar sitzt im Trägerkreis der Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“. Außerdem ist er Mitglied von BUND und Attac sowie energie- und umweltpolitischer Sprecher der Linken in Hamburg.

Kontakt:
Tel.: +49 (0)176 / 51019592
E-Mail: g.siegler@web.de,
www.unser-netz-hamburg.de



Biologische Vielfalt

Einreiseverbot für Aliens

Der Vorschlag der EU-Kommission zum Schutz vor invasiven Arten enttäuscht die Naturschützer

Die EU will eine Liste gebietsfremder Arten erstellen. Demnach sollen die Einfuhr und der Erwerb der 50 gefährlichsten Arten verboten werden. Um zu verhindern, dass gefährliche Pflanzen und Tiere importiert werden, sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Kontrollen durchzuführen. Viele Arten gelangen jedoch unbeabsichtigt als blinde Passagiere auf Schiffen und in Containern in die EU. ■ VON CLAUDIUS MAYR, NABU

Am 9. September hat die Europäische Kommission den Entwurf einer Verordnung „über die Prävention und die Kontrolle der Einbringung und Verbreitung invasiver gebietsfremder Arten“⁽¹⁾ vorgestellt. Ursprünglich war geplant, das Papier bis Dezember 2012 vorzulegen. Dazu hatte sich die Kommission zuvor im Rahmen eines der sechs Schwerpunktziele der EU-Strategie zum Schutz der biologischen Vielfalt bis 2020 eigentlich verpflichtet, damit es in dieser Legislaturperiode noch abschließend vom EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament beraten und beschlossen werden kann.

Rat und Parlament hatten in ihren Beschlüssen zum Schutz der biologischen Vielfalt mehrfach betont, dass dringend EU-weit einheitliche Mindeststandards erforderlich sind, um der Einwanderung neuer invasiver Arten vorzubeugen, um diese früh zu erkennen und rasch darauf zu reagieren. Auch die Kontrolle und Maßnahmen zur Minderung von wirtschaftlichen und ökologischen Schäden durch invasive Arten sollten besser unter den Mitgliedstaaten abgestimmt werden, hieß es. Zudem hatten sich die Vertragsstaaten der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD), darunter alle EU-Mitgliedstaaten, insbesondere in Artikel 8 h der Konvention bereits 1992 völkerrechtlich dazu verpflichtet, die Einwanderung neuer invasiver Arten zu verhindern sowie bereits eingewanderte Arten besser zu kontrollieren und nachgewiesenermaßen schädliche Arten zu tilgen.

In ihrem Verordnungsentwurf versucht die Kommission diesen komplexen Anforderungen gerecht zu werden, indem

sie in der Begründung des Vorschlags den vorhandenen rechtlichen Rahmen und die in den bisherigen Diskussionen seit 2008 erörterten Handlungsoptionen darlegt. Aufgrund der bekannten gravierenden ökologischen, ökonomischen und gesundheitlichen Probleme durch invasive Arten kommen die Vertreter der Kommission zu dem Schluss, dass die sogenannte „Option 2.4“ am meisten zielführend sei. Diese sieht einen Rechtsakt in Verbindung mit der Verpflichtung der Mitgliedstaaten vor, sich neu etablierende invasive gebietsfremde Arten sofort zu beseitigen, sofern die Arten von EU-weiter Bedeutung sind. Herzstücke des Verordnungsentwurfs sind die Kapitel über Prävention, Früherkennung und sofortige Tilgung, sowie Kontrolle bereits weitverbreiteter invasiver gebietsfremder Arten.

Arten, die sich ohne menschliches Zutun verbreiten, kommen ungeschoren davon

Der im Kommissionsentwurf vorgeschlagene Geltungsbereich lässt jedoch erhebliche Lücken befürchten. So soll die Verordnung beispielsweise Arten, deren Verbreitungsgebiet sich ohne menschliches Einwirken ändert, etwa durch den Klimawandel, nicht erfassen. Die rasante Ausbreitung des asiatischen Tigermoskitos, der Gelbfieber und andere Krankheiten überträgt und sogar in der Pressemeldung der EU-Kommission als Beispiel für eine problematische invasive Art genannt wird, müsste also von den Mitgliedstaaten weder dokumentiert noch bekämpft werden. Auch genetisch veränderte Organismen oder in der entsprechenden EU-Verordnung⁽²⁾ gelistete gebietsfremde Arten

in der Aquakultur, wie zum Beispiel die pazifische Auster oder die Regenbogenforelle, sollen nicht von den Bestimmungen erfasst werden.

Verbote, Sanktionen und Zeitplan könnten ambitionierter sein

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist, dass die Liste invasiver gebietsfremder Arten von EU-weiter Bedeutung auf maximal 50 Arten beschränkt werden soll, weitere Arten können nur aufgrund von „Dringlichkeitsmaßnahmen“ hinzukommen. Angesichts der Tatsache, dass die Kommission selbst von mehr als 12.000 gebietsfremden Arten in der EU ausgeht, von denen etwa 15 Prozent als invasiv eingeschätzt werden, ist diese Beschränkung selbst mit der Begründung mangelnder Kapazitäten nicht zu akzeptieren. Vor allem, wenn man bedenkt, dass die Mitgliedstaaten die Auflistung invasiver Arten nur mit vollständiger Risikobewertung beantragen können, also einen Großteil der notwendigen Arbeiten übernehmen sollen.

Für die Regionen „in äußerster Randlage“, die für die biologische Vielfalt eine besondere Bedeutung haben, sollen die betroffenen Mitgliedstaaten wie etwa Frankreich die Listen sogar vollständig selbst erarbeiten und der Kommission mitteilen. Auch die Verbote zur Einbringung invasiver Arten, die Beschränkung absichtlicher Freisetzung und die Aktionspläne zur Feststellung und Kontrolle der Einschleppungspfade hätten im Entwurf ambitionierter sein können. Der Zeitplan könnte strenger und die Anwendung des Verursacherprinzips strikter sein. Dafür und für wirksame Sanktionsmöglichkeiten bietet

das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) praktikable Vorlagen.

Positiv sind die Vorschläge für die amtlichen Kontrollen an den EU-Außengrenzen, für die sofortige Tilgung in frühen Phasen der Invasion sowie für koordinierte Kontrollmaßnahmen und die Wiederherstellung von Ökosystemen, die durch invasive Arten geschädigt sind. Auch der von der Kommission vorgeschlagene Mechanismus zur Informationsunterstützung und besseren Verknüpfung vorhandener Datensysteme sowie die geplante Beteiligung der Öffentlichkeit sind lobenswert.

Gesundheitsschädliche Ambrosie kostet Deutschland bis zu einer Milliarde Euro

Somit haben die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament nicht nur die Chance, sondern die Verpflichtung, den Vorschlag nachzubessern. Zumal die von der Kommission genannten ökonomischen Schäden von mindestens zwölf Milliarden Euro pro Jahr als zu gering angesehen werden dürften, da neuere Studien etwa des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) allein für die Beifuß-Ambrosie von gesundheitlichen Folgekosten von 200 Millionen bis über eine Milliarde Euro pro Jahr allein für Deutschland ausgehen. Zügige Beratun-

Invasive Tier- und Pflanzenarten

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat dieses Jahr eine Warnliste in Deutschland noch nicht vorkommender invasiver Tiere und Pflanzen veröffentlicht.

Unter den Tierarten ist unter anderem das Grauhörnchen, das sich in Großbritannien auf Kosten des Eichhörnchen ausbreitet. Auch Verwandte des Amerikanischen Flusskrebse sind gelistet, der die europäischen Edelkrebse fast vollständig verdrängt hat. Für all diese Arten soll jetzt geprüft werden, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um ihr Auftreten in freier Natur zu verhindern.

Zu den Pflanzen zählen neben Algen der amerikanischen Kreuzstrauch oder der Sosnowsky-Bärenklau aus dem Kaukasus. Die Forscher warnen auch vor der Kudzu oder Kopoubohne und vor einer bestimmten Zuchtsorte des Sachalin-Staudenknöterichs. Diese wurde speziell für den Biomasseanbau entwickelt und wächst so dicht, dass sie andere Pflanzen einfach überwuchert.

- Warnliste des BfN: www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/service/skript331.pdf

gen unter der litauischen und griechischen Ratspräsidentschaft bis zu den Neuwahlen des Europäischen Parlaments im Mai 2014 vorausgesetzt könnte die Verordnung frühestens 2015 in Kraft treten.

Anmerkungen und Links

Der Artikel von Claus Mayr ist in anderer Form bereits in der Kolumne „Aktuelles aus Brüssel“ in der Publikation Naturschutz und Landschaftsplanung 45 (10/11), 2013, 293–298 erschienen.

- (1) Entwurf EU-Verordnung gebietsfremde Arten: www.ec.europa.eu/environment/nature/invasivealien/docs/proposal/en.pdf
- (2) EU-Verordnung gebietsfremde Arten in der Aquakultur: www.kurzlink.de/eu-vo-aliensaqua2007

Claus Mayr ist über 20 Jahre lang hauptberuflich für den NABU-Bundesverband tätig. Seit 2007 arbeitet er als Direktor für Europapolitik in Brüssel.



Kontakt:
Tel. +32 2 2800830,
E-Mail: claus.mayr@nabu.de,
www.nabu.de



Der Preis der Natur

Bisher ist es für die global agierenden Unternehmen Usus, ihre Kosten abzuwälzen: auf die Natur, auf die Menschen im Süden, auf die nachfolgenden Generationen. Doch damit soll jetzt Schluss sein: Naturkapital darf nicht länger kostenlos sein, nicht Gewinne müssen versteuert werden, sondern der Verbrauch von Ressourcen, fordert Pavan Sukhdev. Der ehemalige Top-Manager der Deutschen Bank hat eine Streitschrift gegen die Ausbeutung der Natur vorgelegt, deren Denkansätze »zukunftsweisend« sind, wie es der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Puma AG, Jochen Zeitz, formulierte.

Pavan Sukhdev
Corporation 2020
Warum wir Wirtschaft neu denken müssen

296 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-437-1
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Plastikmüll I**EU will handeln**

■ Viele Kunststoffabfälle werden in der EU-Gesetzgebung bislang nicht spezifisch geregelt, das Plastikmüllaufkommen in Meeren wächst – die Mängelliste der europäischen Abfallpolitik im Umgang mit Plastikmüll ist lang. Deshalb hatte die EU-Kommission Anfang des Jahres ein Grünbuch zu Kunststoffabfällen vorgestellt und eine öffentliche Konsultation hierzu gestartet. Anfang Oktober stellte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik erste Ergebnisse dieser Konsultation vor.

Die große Mehrheit der TeilnehmerInnen der Konsultation habe sich für ein Deponieverbot von Plastikmüll ausgesprochen. Auch höhere Recyclingquoten und strengere Exportkontrollen fänden bei der Mehrheit der Befragten Zustimmung. Viele TeilnehmerInnen der Konsultation sprachen sich auch für ein Reduktionsziel für Plastikmüll in den Meeren aus, ergänzte der Umweltkommissar und kündigte eine Gesetzesinitiative zum Verbot oder zur Besteuerung von Plastiktüten an.

Auch der Unterausschuss im EU-Parlament hat das Thema inzwischen aufgegriffen. In einem Berichtsentwurf zum Grünbuch sprach sich der italienische EU-Abgeordnete Vittorio Prodi (S&D-Fraktion) für eine europäische Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt aus. Prodi betonte die Notwendigkeit, spezifisches EU-Recht über Kunststoffabfälle zu schaffen und geltendes Abfallrecht strenger umzusetzen. Neue Vorschriften müssten insbesondere klare Ziele für die Sammlung und Sortierung von Kunststoffen sowie verbindliche Kriterien für die Recyclingfähigkeit von Plastikmüll festlegen. Darüber hinaus will Prodi besonders gesundheits- und umweltschädliche Kunststoffe schrittweise vom Markt nehmen. Gleiches soll seiner Auffassung nach auch für Einwegkunststoffe, nicht biologisch abbaubare und nicht kompostierbare Kunststoffe gelten.

Dass Sammelziele und Recyclingquoten nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll sind, belegt eine Studie des Beratungsunternehmens Frost & Sullivan anhand des Recyclingmarktes für Elektroschrott. Aufgrund der vereinbarten Ziele und Quoten der Richtlinie über Elektro- und Elektronikgeräte (WEEE-Richtlinie) werde dieser Recyclingmarkt bis zum Ende des Jahrzehnts seine Erträge von derzeit rund 0,9 Milliarden Euro auf bis zu 1,3 Milliarden Euro steigern können. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/potocnik30092013
- ▶ www.kurzlink.de/frostsullivan1102013
- ▶ www.kurzlink.de/epbericht-kunststoff
- ▶ www.kurzlink.de/gruenbuchkunststoff

Plastikmüll II**Abfälle auch in Flüssen**

■ Die Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll ist ein weltweit bekanntes Problem. Aber auch Flüsse sind durch Kunststoffabfälle verunreinigt. In einer Untersuchung wies ein Hamburger Wissenschaftlerteam Plastikpartikel in norddeutschen Flüssen nach. Dabei handelte es sich nicht nur um Abrieb von Kunststoffen und Plastiktüten, sondern vor allem auch um Nanopartikel aus Peelings, Zahnpasten oder Fleecepullovern. [dh]

- ▶ www.plarimar.de

EU-Abfallpolitik I**Nur NGOs wollen starke Ziele**

■ In einer öffentlichen Konsultation hatte die EU-Kommission bis Mitte September Interessengruppen zu neuen EU-Abfallzielen befragt. Die eingereichten Positionen ergeben ein gemischtes Meinungsbild. Während sich das Europäische Umweltbüro (EEB) für starke Ziele einsetzt, plädierten private Abfallentsorger lediglich für eine leichte Erhöhung der Recyclingquoten. Die britische Forschungseinrichtung „Industry Council for Research on Pa-

ckaging and the Environment“ (INCPEN), die unter anderem von Firmen wie Coca-Cola, Nestlé und Red Bull gefördert wird, sah indes keine dringende Notwendigkeit für neue Abfallziele. Stattdessen müsse die Kommission bei den bestehenden Regeln und Gesetzen nachbessern.

Das EEB kritisierte vor allem, dass es bislang noch keine Ziele für die Wiederverwendung oder die Vorbereitung zur Wiederverwendung von Abfällen gebe. Die Umwelt-NGO hält eine Recyclingquote von 80 Prozent für Verpackungen, Papier, Pappe und Plastik für realistisch. Für Glas und Metall fordert das EEB sogar eine 90-Prozent-Quote. Die europäische Plastikrecyclingindustrie hält für ihren Sektor eine Quote von 62 Prozent für ausreichend. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/eeb-wasteconsult-pos

EU-Abfallpolitik II**Sammelziel für Batterien in Gefahr**

■ Nur zwölf EU-Mitgliedstaaten wird es gelingen, das in der europäischen Batterienrichtlinie festgeschriebene 45-Prozent-Sammelziel für Gerätebatterien zu erfüllen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Ende September veröffentlichte Studie der Europäischen Vereinigung der Gerätebatterienindustrie (EPBA). Bis 2012 galt ein erstes Sammelziel von 25 Prozent, bis zum 26. September 2016 müssen in den EU-Ländern mindestens 45 Prozent alter Gerätebatterien getrennt gesammelt werden.

Während 2012 noch fast alle EU-Staaten das 25-Prozent-Ziel erreichten, sieht die EPBA nun in vielen Staaten große Probleme in Hinblick auf die Erfüllung des 45-Prozent-Ziels 2016. Vor allem unklare Definitionen und fehlende Abgrenzungen zwischen Gerätebatterien und Bleibatterien führten zu falschen Sammelraten. Großbritannien hätte 2012 beispielsweise eine Sammelquote von 27 Prozent ausgewiesen, nimmt man die Bleibatterien aus der Berechnung heraus, läge die Rück-

nahmequote für Gerätebatterien aber nur noch bei rund 13 Prozent. In Deutschland lag die Sammelquote für Gerätebatterien bereits 2002 bei rund 39 Prozent, im vergangenen Jahr wurde eine Quote von 42 Prozent erreicht. [dh]

- ▶ Batterienrichtlinie:
www.kurzlink.de/eu-batterien-rl

Quecksilber I

Weltweite Reduzierung geplant

■ Die Vereinten Nationen wollen den Ausstoß von Quecksilber weltweit eindämmen, um Menschen und Umwelt besser vor der Chemikalie zu schützen. Darauf einigten sich 110 Unterzeichnerstaaten der Minamata-Konvention, darunter auch Deutschland.

Die Eröffnung neuer Quecksilberminen soll in den Vertragsstaaten verboten werden, aber auch die Verwendung von Quecksilber in der Industrie wird erheblich eingeschränkt. Außerdem legt das Abkommen Mindeststandards für die Lagerung von quecksilberhaltigen Abfällen fest und beschließt neue Überwachungsmaßnahmen. Die Konvention tritt in Kraft, wenn mindestens 50 Staaten das Abkommen ratifiziert haben. [dh]

- ▶ www.mercuryconvention.org

Quecksilber II

Sollen Amalgamfüllungen verboten werden?

■ Zahnfüllungen aus Amalgam bestehen zu etwa 50 Prozent aus hochgiftigem Quecksilber. In den skandinavischen EU-Ländern sind Amalgamfüllungen daher verboten. Aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse hat auch die EU-Kommission das Thema wiederaufgegriffen und eine Konsultation zu Umwelt- und

Gesundheitsrisiken von Quecksilber in Amalgamfüllungen gestartet.

Das wissenschaftliche Komitee für Gesundheits- und Umweltrisiken (SCHER) der EU-Kommission hatte im Juni eine neue Risikobewertung für Amalgamfüllungen vorgelegt. Darin kommen die Experten zu dem Ergebnis, dass durch Quecksilber in Zahnfüllungen lokale, „nicht unerhebliche“ Gefahren für die Umwelt auftreten könnten. Indes sei eine quantitative Bewertung der Belastung von Boden und Luft derzeit nicht möglich. Die sogenannte „erwartete Umweltkonzentration“ von Quecksilber aus Amalgamfüllungen in Oberflächengewässern liege allerdings über den Grenzwerten der Wasserrahmenrichtlinie. In Bezug auf die Gesundheitsrisiken von Amalgamfüllungen konnte das SCHER keine endgültigen Aussagen treffen, die Wissenschaftler warnten aber vor indirekten Gesundheitswirkungen wie etwa Sekundärvergiftungen durch verseuchten Fisch.

Angeichts der EU-Konsultation und der neuen Risikobewertung des SCHER erneuerte das Europäische Umweltbüro (EEB) seine Forderung nach einem EU-weiten Verbot von Amalgamfüllungen. Die Freisetzung von Quecksilber aus Amalgam könne nur sehr schwer kontrolliert werden und kostengünstige quecksilberfreie Alternativen seien bereits verfügbar, sagte die EEB-Campaignerin Elena Lymberidisetto. Die Konsultation läuft noch bis zum 20. November. [dh]

- ▶ Konsultation:
www.kurzlink.de/eu-consult-amalgam
- ▶ www.kurzlink.de/scher-rep-amalgam13

Glyphosat

EU-Kommission muss Informationen offenlegen

■ Der Gerichtshof der Europäischen Union hat Mitte Oktober entschieden, dass die EU-Kommission Informationen über die Zusammensetzung zugelassener Pestizide und Herbizide veröffentlichen

muss. Damit gab das Gericht einer Klage des Pestizid-Aktions-Netzwerk Europa (PAN) und von Greenpeace Niederlande recht.

2011 hatte die EU-Kommission den beiden Umweltorganisationen den Zugang zu Berichten über die Zusammensetzung des Herbizids Glyphosat verweigert. Die EU-Richter urteilten nun, dass die Kommission damit gegen die Aarhus-Konvention verstoßen habe. Diese regelt, dass Informationen über alle Umwelteinträge und Emissionen öffentlich gemacht werden müssen.

Unterdessen wurde bekannt, dass gentechnisch veränderte Soja systematisch mit Glyphosat besprüht wird. Ein Labor der Universität Buenos Aires hat Sojabohnen aus Argentinien auf Rückstände der Chemikalie untersucht. Soja aus Südamerika wird als Futtermittel für Tiere nach Europa und Asien exportiert. [dh]

- ▶ Urteil: www.kurzlink.de/curia-urteil-t545-11
- ▶ Aarhus-Konvention:
ec.europa.eu/environment/aarhus
- ▶ www.testbiotech.de/node/927

EU-Chemikalienpolitik

Medizintechnik ohne Gesundheitsrisiko

■ Mit 52 Jastimmen gegen zwölf Neinstimmen haben die Abgeordneten des EU-Umweltausschusses in der vergangenen Woche für eine strengere Regulierung des Chemikalieneinsatzes in der Medizintechnik gestimmt. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier wollen bis 2020 unter anderem die Verwendung toxischer Phtalate, die vor allem als Weichmacher verwendet werden, in Medizinprodukten verbieten. Auch Substanzen, die krebserregend, erbgutverändernd und fortpflanzungsgefährdend wirken (CMR-Stoffe) sowie endokrine Disruptoren (EDC), die das Hormonsystem stören können, sollen spätestens acht Jahre nach Verabschiedung der neuen Richtlinie nicht mehr in medizinischen Geräten genutzt werden. ▶

Das Bündnis verschiedener Nichtregierungsorganisationen Healthcare Without Harm (HCWH) begrüßte das Votum der ParlamentarierInnen, kritisierte aber auch, dass der Parlamentsbericht in Bezug auf die Verwendung von Nanomaterialien deutlich hinter dem Kommissionsvorschlag zurückbleibe. Die Kommission hatte ein strengeres Zulassungsverfahren für alle Medizinprodukte vorgeschlagen, die Nanomaterialien enthalten. Nur für Produkte, in denen Nanomaterialien derart eingekapselt sind, dass sie keine Gefahr für den Patienten darstellen, hätte eine Ausnahme gegolten.

Nach Ansicht der Abgeordneten ist es aber ausreichend, wenn die Zulassung lediglich bei medizinischen Produkten strenger gehandhabt wird, die bewusst Nanomaterialien in den Körper freisetzen. Für Patienten und ArbeitnehmerInnen im Gesundheitssektor bedeutet das ein großes Risiko, da die Folgen des Kontakts mit Nanomaterial noch weitgehend unbekannt sind, monierte HCWH.

Nach der Abstimmung im Umweltausschuss wird das EU-Parlament voraussichtlich Ende Oktober in einer Plenarsitzung über den Bericht abstimmen (nach Redaktionsschluss). [dh]

- Berichtsentwurf:
www.kurzlink.de/draftrep-medicdevice

Emissionen

Ganz schön dicke Luft

■ 90 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner europäischer Großstädte sind gefährlichen Luftschadstoffen ausgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA), die Mitte Oktober veröffentlicht wurde.

Der EEA-Bericht zeigt auf, dass zwischen 2009 und 2011 96 Prozent der Stadtbevölkerung Feinstaubbelastungen ausgesetzt waren, die von der Weltgesundheitsorganisation WHO als gesundheitsschädlich eingestuft werden. 98 Prozent der Großstädter waren von überhöhten Ozonwerten betroffen. Aber auch in ländlichen Regionen konnte die EEA hohe Schadstoffbelastungen der Luft messen. Schuld an der schlechten Luftqualität sind vor allem Autoabgase sowie Emissionen von Industrie und Landwirtschaft.

Zahlreiche Umweltverbände appellierten an EU-Kommission und nationale Regierungen, gegen die hohe Luftverschmutzung vorzugehen und die bestehenden Grenzwerte zu verschärfen.

„Luftverschmutzung ist keineswegs nur ein Problem asiatischer Megacities. Richtig durchzuatmen fällt auch europäischen Großstädtern schwer. Die schlechte Luft verursacht Krankheiten, deren Behandlung in Europa jährlich einen volks-

wirtschaftlichen Schaden von bis zu 790 Milliarden Euro verursacht“, erklärte der Bundesgeschäftsführer des NABU Leif Miller. Die Referentin für Luftqualität und Industrieemissionen des Europäischen Umweltbüros (EEB) Louise Duprez sagte, die EEA-Zahlen seien noch weit aus gravierender, wenn man bedenke, dass nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen auch bei Luftschadstoffbelastungen unter den WHO-Grenzwerten dramatische Gesundheitsschäden entstehen können.

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik kündigte an, er wolle im Dezember ein EU-Gesetzespaket zur Revision der Luftreinhaltepolitik vorstellen. Schon jetzt versprach er neue Emissionsgrenzwerte bis 2020 und weitere Maßnahmen bis 2030. „Nach dem grandiosen Scheitern eines Greenings der EU-Agrarpolitik ist es jetzt wichtig, dass die EU Luftschadstoffemissionen konsequent bekämpft – insbesondere auch in der Landwirtschaft“, kommentierte Pieter de Pous, Policy-Direktor des EEB. [dh]

- NABU-Luftexperte, Daniel Rieger, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841927, daniel.rieger@nabu.de, www.nabu.de
- EEB, Louise Duprez, Brüssel, +32 (0)2 / 2891307, louise.duprez@eeb.org, www.eeb.org
- www.kurzlink.de/eea-rep-airpollu2013

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Engagement

Das Lebensgefühl einer ganzen Generation an einem Auto festzumachen, so wie Florian Illies mit seiner Generation Golf – das würde heute nicht mehr funktionieren. In Zeiten weltweiter Vernetzung werden die Herausforderungen einer ökosozialen Transformation unserer Gesellschaften für junge Menschen immer wichtiger. Hier erhält nun die heutige Generation ein Gesicht und kommt selbst zu Wort. Autorin und Jugendliche eröffnen gemeinsame Perspektiven, wie wir die globalisierte Welt vor Ort gestalten können.

U. Gebhardt-Eßer
Generation Globalisierung
Nachhaltigkeit im pädagogischen Alltag

204 Seiten, broschiert, mit vielen z. T. farbigen Abbildungen,
19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-400-5

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Nicaraguasee**Trinkwasserreserve bedroht**

■ Nicaraguas Staatspräsident Daniel Ortega will einen Kanal zwischen Atlantik und Pazifik bauen lassen – quer durch den Nicaraguasee. Dafür erließ er ein Gesetz, dass dem See den Status als nationale Trinkwasserreserve aberkennt. Das chinesische Unternehmen HK Nicaragua Canal Development Investment Co. Ltd. bekam die Konzession für den Bau und Betrieb des 270 Kilometer langen Kanals. Der Umweltberater von Präsident Ortega Jaime Incer Barquero sagte: „Kein Kanal ist so viel wert wie dieser See.“ Der See ist das größtes Frischwasserreservoir Zentralamerikas und somit eine wichtige Trinkwasserquelle. Außerdem ist er Teil eines großen Naturschutzgebiets, das jetzt durch das neue Kanalgesetz bedroht wird. [wv]

► www.kurzlink.de/3Fh6bIWH3

Treibhausgasemission**Landwirtschaft schuld an weltweitem Hunger?**

■ Einer Studie der Nichtregierungsorganisation Oxfam zufolge vergrößert der Klimawandel den weltweiten Hunger. Grund dafür sollen unter anderem steigende Preise und ein geringerer Nährwert der Lebensmittel sein. Besonders bedenklich ist, dass die Fleischproduktion für fast 15 Prozent der weltweit von Menschen verursachten Emissionen verantwortlich ist.

Gleichzeitig steigt der Fleischkonsum global und vor allem in Schwellenländern wird die Nachfrage immer größer. Dabei könnten in der Landwirtschaft die Treibhausgasemissionen leicht um 30 Prozent reduziert werden. Das belegt eine neue Studie der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO.

Der FAO-Bericht zeigt drei Handlungsfelder auf: Energieeinsparungen, besseres Landmanagement und Verdauungsmanagement, insbesondere bei Kühen. Bei Landwirtschaftsmaschinen könne Energie eingespart werden und auch die Entstehung von Methan in Kuhmägen sei durch veränderte Fütterungsgewohnheiten regulierbar. Eine angepasste Aussaat oder die Verfütterung von Zusatzstoffen wie pflanzliches Fett könne die Methanproduktion bei Kühen verringern. Die Exkremente der Tiere, in denen Stickoxide entstehen, würden durch ausreichende Sauerstoffzufuhr und kürzere Lagerung weniger schädlich und seien zudem in Biogasanlagen weiterverwendbar. [rm]

► www.kurzlink.de/FAO-Methoden13

Yasuní-Nationalpark**Parlament stimmt für Ölförderung**

■ Mitte Oktober haben 108 von 25 ecuadorianischen Parlamentariern für die Ölförderung im Yasuní-Nationalpark gestimmt. Damit wird ein Teil der Fläche des Unesco-Biosphärenreservats zur Bohrung freigegeben. Unter der Fläche liegen 420 Millionen Barrel Öl, rund die Hälfte des gesamten Vorkommens im Nationalpark. 2018 soll die Ölförderung beginnen. Der Nationalpark ist Heimat für indigene Völker und bedrohte Tierarten. [wv]

► www.kurzlink.de/3Fh6bIWH3

► www.kurzlink.de/ULPpPpTz

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Klimawandel**Neuer IPCC-Bericht**

■ Der Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) hat Mitte September in Stockholm den ersten Teil des fünften Sachstandsberichtes zum Klimawandel vorgestellt. Darin werden Ergebnisse und Prognosen aus dem letzten Bericht von 2007 nochmals verschärft.

Nach Einschätzung der WissenschaftlerInnen beläuft sich die Wahrscheinlichkeit, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht wird, auf 95 Prozent. In früheren Berichten hatten die ExpertInnen von einer 90-prozentigen Wahrscheinlichkeit gesprochen. Auch die Zahlen zum Anstieg des Meeresspiegels und der globalen Durchschnittstemperatur fallen höher aus als bisher. Während die ExpertInnen in ihrem vierten Bericht noch von einem Anstieg des Meeresspiegels zwischen 18 und 59 Zentimetern bis zum Ende des Jahrhunderts ausgingen, sind es laut neuem Bericht im schlechtesten Fall sogar 82 Zentimeter. Je nach Szenario werde auch die Temperatur zwischen 1,5 bis vier Grad Celsius ansteigen. Die Arktis wird sich laut IPCC-Bericht über das 21. Jahrhundert schneller erwärmen als der globale Durchschnitt. Wann die Arktis eisfrei sein wird, sei jedoch schwierig vorauszusagen.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Erde um 0,9 Grad erwärmt und der Meeresspiegel ist um zwanzig Zentimeter gestiegen. Der Bericht weist zudem darauf hin, dass die Ozeane wegen der hohen CO₂-Emissionen, die auch ins Meer gelangen und sich dort zu Kohlensäure verbinden, übersäuern. Ganze Ökosysteme seien dadurch in Gefahr.

Der Präsident des Deutschen Naturschutzrings Hartmut Vogtmann sagte, die Daten des Berichtes seien ein dringender Aufruf an die neue Bundesregierung. Deutschland brauche ein Klimaschutz- und Energieeffizienzgesetz, damit die Kohleabgase schnell wieder sinken. Außerdem dürfe der Ausbau der erneuerbaren Energi-

en nicht weiter behindert werden. Auf europäischer Ebene forderte er eine Reform des Emissionshandels sowie verbindliche Klimaziele für die Zeit nach 2020. [vm]

- www.kurzlink.de/IPCC-report-09/2013
- www.dnr.de

Internationale Klimaverhandlungen

EU mit Plan nach Warschau

■ Die EU-UmweltministerInnen haben sich Mitte Oktober geeinigt, mit welcher Position die EU zur internationalen Klimakonferenz nach Warschau fährt. Sie schlagen einen Zeitplan für die UN-Verhandlungen vor, der sicherstellen soll, dass 2015 in Paris ein neues Klimaabkommen beschlossen wird. Bis 2014 sollen demnach alle Länder den Vereinten Nationen CO₂-Ziele melden, damit bis zum Klimagipfel in Paris noch Zeit ist, die Ziele zu diskutieren.

Das Klimaaktionsnetzwerk CAN-Europe begrüßte diesen schrittweisen Ansatz, kritisierte aber, dass die EU nicht mit verschärften Klimazielen für 2020 nach Warschau fährt. Die Expertin für internationale Klimapolitik von CAN-Europe Ulriikka Aarnio sagte: „Während die EU mehr Ambitionen von anderen fordert, hat sie ihr eigenes Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu verringern bereits mehr als erreicht. Dennoch weigert sie sich, ihre Position anzupassen.“ Die Europäische Umweltagentur hatte letzte Woche gemeldet, dass die EU ihre Treibhausgasemissionen bereits jetzt um 18 Prozent gegenüber 1990 reduziert hat. Rechnet man internationale Offsets mit ein, betragen die aktuellen Reduktionen laut CAN-Europe sogar schon 26 Prozent (siehe Meldung auf dieser Seite). „Die EU-internen Ambitionen zu verstärken ist aber zentral, um andere Länder für ein ehrgeiziges, verbindliches Abkommen in Paris an Bord zu bekommen“, so Aarnio. [am]

- CAN-Europe, Expertin für internationale Klimapolitik Ulriikka Aarnio, Brüssel, Tel. +32 (0) 28944674, E-Mail: ulriikka@caneurope.org, www.caneurope.org

EU-Klimaziele

Parlament diskutiert Klimaziele für 2030

■ Der Umwelt- und der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments haben Anfang Oktober erste Gespräche zu den EU-Klimazielen für 2030 geführt. Dabei bekräftigte die Berichtsteratterin des Umweltausschusses, dass die EU drei Ziele für Treibhausgasreduktionen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz beibehalten müsse.

Bei dem Treffen zeigte sich allerdings, dass die beiden Ausschüsse teilweise unterschiedliche Meinungen vertreten – vor allem bei den erneuerbaren Energien. So ist der Berichtsteratter im Industrieausschuss der Meinung, ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien könne der Wettbewerbsfähigkeit schaden, außerdem müssten europäische Klimaziele an ein globales Klimaabkommen mit den großen Industrienationen USA, China, Indien und Brasilien gekoppelt sein. Der grüne Europaabgeordnete Claude Turmes widersprach. Bevor man sich lediglich auf ein Treibhausgasziel festlege, wäre es besser, die Diskussion auf 2015 zu verschieben.

Im März 2014 wollen sich die Mitgliedstaaten über die Klimaziele für 2030 einigen. Bis dahin soll der Bericht des Parlaments abgeschlossen sein. [vm]

- www.kurzlink.de/oeil2030

Energiekennzahlen

EU-Klimaziel hui, Energieeffizienz pfui

■ Zwischen 1990 und 2012 sind die Treibhausgasemissionen in der EU um 18 Prozent gesunken. Das zeigt ein Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA). Damit hat die EU ihr Ziel, die Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken, schon fast erreicht. Selbst ohne weitere Maßnahmen wird die EU ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um 21 Prozent reduziert haben.

Nach internen Berechnungen des Klimaaktionsnetzwerks CAN-Europe belaufen sich die aktuellen Reduktionen sogar auf gut 26 Prozent, wenn man internationale Offsets miteinrechnet. Auch deshalb fordern die Klimaschützer, dass die EU ihren Ehrgeiz in der Klimapolitik bis 2020 erhöht.

Im Bereich der Erneuerbaren ist die EU ebenfalls auf gutem Weg, ihr Ziel für 2020 zu erreichen. 13 Prozent der Endenergie kam 2011 aus erneuerbaren Quellen. Beim Energieeffizienzziel sieht es hingegen schlechter aus. Nur vier EU-Mitglieder sind laut der EEA auf einem guten Weg, ihr Energiesparziel zu erreichen. Im Gegensatz zu den Zielen für Erneuerbare und Emissionsverringern ist das Effizienzziel nicht bindend.

Die EEA betonte, dass diese insgesamt positiven Ergebnisse weiter ausgebaut werden müssten. Dazu sei es wichtig, dass die Mitgliedstaaten heute keine Entscheidungen trafen, die in Zukunft einer CO₂-armen Wirtschaft entgegenwirkten. Erneuerbare Energien und Energiesparen seien wichtig, um CO₂-Emissionen zu reduzieren. [am]

- EEA-Fortschrittsbericht (engl.): www.eea.europa.eu

Maßnahmen gegen Klimawandel

Deutsche Energiewende als weltweites Vorbild

■ Knapp zwei Wochen vor der Veröffentlichung des neuen IPCC-Weltklimaberichtes warnen zwölf prominente WissenschaftlerInnen der Earth League mit einer gemeinsamen Publikation vor der weltweiten Bedrohung durch den Klimawandel.

Die bisher von Regierungen initiierten Gegenmaßnahmen reichen angesichts der zu erwartenden desaströsen Folgen nicht aus. Eine Erwärmung der Erde um vier Grad könnte schon Ende des Jahrhunderts erreicht werden. Dabei sei eine weltweite Transformation hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung technisch und ökonomisch machbar. Die WissenschaftlerInnen sehen in der deutschen Energiewende ein

weltweites Vorbild, wenn auch noch auf tönernen Füßen stehend.

In Deutschland zeigte eine Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE), dass die Mehrheit der BürgerInnen den stetigen Ausbau der erneuerbaren Energien trotz steigender EEG-Umlage weiter wichtig findet. Nur knapp ein Viertel der Befragten hält einen Förderstopp für erneuerbare Energien für sinnvoll. Die Mehrheit der Deutschen ist sogar bereit, sich an den Kosten der Energiewende zu beteiligen, sofern diese gerecht verteilt würden.

[vm, Quelle: EU-Umweltbüro]

- ▶ Earth League-Studie: www.earth13-09
- ▶ Umfrage BEE: www.kurzlink.de/bee-akzeptanzumfrage

Klimaaktionstag

Klimaschutz ist wichtig

■ Am 14. September war Klimaaktionstag. Mehrere 10.000 Menschen waren mit dabei. „Die große Beteiligung am Klimaaktionstag zeigt, dass den Menschen Klimaschutz wichtig ist“, sagte Hartmut Vogtmann, Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Trotzdem sei der Klimawandel im Wahlkampf mit keinem

Wort erwähnt worden. „Wir brauchen Klimaschutz sowie eine Abkehr von der Atomenergie mit fossilen Energien, damit unsere Erde lebenswert bleibt. Nur eine echte Energiewende mit hoher Energieeffizienz und einer kompletten Umstellung auf erneuerbare Energien wird dies ermöglichen“, so Vogtmann. Der Klimaaktionstag wird seit 2007 jährlich von der Klima-Allianz koordiniert. [sl]

- ▶ www.klima-allianz.de

Netze in Bürgerhand

Hamburger für Rückkauf

■ Parallel zur Bundestagswahl entschieden die Hamburger Bürgerinnen und Bürger über die Rekommunalisierung der Energienetze. Dabei stimmte eine Mehrheit von 50,9 Prozent für einen vollständigen Rückkauf der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze.

Der Senat und die Bürgerschaft der Hansestadt sind nun verpflichtet, den Rückkauf der Netze in die Wege zu leiten. Dazu muss die Stadt die Netze ausschreiben, eine Betreibergesellschaft gründen und sich dann für die Konzessionen bewerben. Hamburg ist derzeit mit 25,1 Prozent an den Energienetzen beteiligt, die

anderen 74,9 Prozent gehören Vattenfall und Eon.

Die Konzession für das Stromnetz läuft 2014 aus, die für das Gasnetz frühestens 2016. Am 3. November wird es auch in Berlin eine Abstimmung über den Rückkauf der Netze geben. Dort laufen die Verträge mit Vattenfall Ende 2014 aus. (Siehe auch Artikel auf Seite 4) [vm]

- ▶ www.unser-netz-hamburg.de/

Erneuerbare Energien

Industrierausnahmen bei Strom- und Energiepreisen

■ Das Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat die geltenden Ausnahmeregelungen für das produzierende Gewerbe bei Energie- und Strompreisen untersucht. Das Ergebnis: Der Umfang der Industrierausnahmen steigt seit 2005 kontinuierlich an und wird 2014 voraussichtlich mindestens 16,2 Milliarden Euro betragen. Der Großteil der anfallenden Kosten muss durch die übrigen Stromkunden finanziert werden. [Quelle: klima-allianz]

- ▶ www.foes.de/pdf/2013-09-Industrierausnahmen-2005-2014.pdf

DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

Die Zeitschrift *Ökologisches Wirtschaften* schließt die Lücke zwischen Theorie und Praxis einer nachhaltigen Gestaltung der Wirtschaft.

GÜNSTIGES PROBEABO

Zwei Ausgaben für nur 19,- Euro statt 34,80 Euro (inkl. Versand in Dtl.)

Bestellung an: abo@oekom.de

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen: www.oekologisches-wirtschaften.de



Atomenergie I**EU stoppt AKW-Förderung**

■ Die EU-Kommission hat im Oktober eine mögliche Förderung von Atomkraftwerken abgesagt. Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia wollte Steuergelder für neue Atomkraftwerke in Europa aufwenden und eine entsprechende Regelung in die neue Umwelt- und Energie-Beihilfe-Richtlinie 2014 bis 2020 aufnehmen. Laut einem Sprecher zog er diesen Vorschlag nun jedoch zurück. 27.500 Menschen in Europa hatten innerhalb von vier Wochen eine Petition gegen diesen Vorschlag unterschrieben. „Widerstand macht sich bezahlt“, resümierte die Umweltschutzorganisation Global 2000. Patricia Lorenz, Sprecherin bei GLOBAL 2000, sagte: „Das ist ein schwerer politischer Rückschlag für die pronuklearen Regierungen von Großbritannien und Tschechien, Polen und Frankreich.“ [vm, Quelle: EU-Umweltbüro]

► www.global2000.at

Atomenergie II**Hier strahlt der Müll**

■ Mitte September haben Bürgerinitiativen und Verbände eine nach deutschen Bundesländern gegliederte Bestandsaufnahme des Atom Mülls in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Der Bericht gibt einen Überblick über die Atom Mülllager und -exporte sowie die Probleme der einzelnen Standorte. So rosten in Brunsbüttel die Fässer und in Jülich strahlt der Reaktor Druckbehälter so stark, dass für ihn ein eigenes Zwischenlager errichtet wurde. „Die Bundesregierung hat versucht den Eindruck zu erwecken, es gäbe nur noch ein letztes Problem, die Suche nach dem Standort für ein Endlager“, sagte Peter Dickel von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad. Sie müsse jedoch erst noch zeigen, ob sie überhaupt mit dem aktuellen Atom Müllproblem umgehen könne. Der Bericht ist ab Ende September im Buchhandel erhältlich. [sl, Quelle: EU-Umweltbüro]

► Atom Müllkonferenz: www.ag-schacht-konrad.de

Biokraftstoffe**Gilt Nachhaltigkeit erst ab 2020?**

■ Mitte September hat das Europäische Parlament über eine Richtlinienänderung abgestimmt, die die negativen Auswirkungen von Biokraftstoffen mindern soll. Dennoch soll die Kraftstoffqualitätsrichtlinie ab 2020 die Auswirkungen von indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) auf die Klimabilanz von Agrotreibstoffen berücksichtigen.

Die Kommission hatte lediglich eine Berichterstattungspflicht vorgeschlagen. Indirekte Landnutzungsänderungen treten dann auf, wenn für den wachsenden Bedarf an Agrotreibstoffen neue Ackerflächen geschaffen werden müssen. Die dabei entstehenden Emissionen verkehren die Klimabilanz von Biosprit oftmals ins Negative.

Die Abgeordneten stimmten außerdem dafür, konventionelle Biokraftstoffe aus Nahrungspflanzen auf sechs anstatt bisher zehn Prozent des Energieverbrauchs bis 2020 zu begrenzen. Mit einer knappen Mehrheit stimmten die Abgeordneten dagegen, dass Verhandlungen mit dem Rat direkt aufgenommen werden. Nun geht der Gesetzesentwurf in die zweite Lesung.

Umweltverbände zeigten sich enttäuscht über die Abstimmung. Der BUND bezeichnete die Entscheidung als sozial und ökologisch nicht vertretbar. Gesche Jürgens, Waldexpertin bei Greenpeace sagte: „Der Beschluss des EU-Parlaments bedeutet, dass auch zukünftig wertvolles Getreide und Pflanzenöle in den Tank wandern werden. Damit macht sich die EU mitschuldig am Hunger in der Welt.“

Die EU-Koordination hat zu dem Gesetzgebungsverfahren ein Factsheet erstellt, in dem weiterführende Informationen zum Thema zusammengefasst sind. [vm]

- DNR-Factsheet zu Biokraftstoffen: www.eu-koordination/publikationen
- www.bund.net
- www.greenpeace.org

Braunkohletagebau**Widerstand in der Lausitz**

■ Mitte September haben EinwohnerInnen des Dorfes Proschim und VertreterInnen der Kampagne „Kein weiteres Dorf abbaggern“ einen symbolischen Scheck mit 120.919 Einwendungen gegen den neuen Tagebau in Welzow-Süd II an den brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke übergeben.

Die Proschimer fordern von der roten Landesregierung, sich für den Erhalt ihres Dorfes einzusetzen und mittelfristig aus der Braunkohle auszusteigen. Bereits einen Tag zuvor wurden über 112.000 Einwendungen aus der Lausitz und ganz Deutschland an die zuständige Planungsbehörde übergeben. Der Verein „Pro Lausitz“, hinter dem unter anderem Vattenfall steckt, hatte für den Tagebau Lobbying betrieben und sammelte in einer groß angelegten Kampagne 61.078 Unterschriften. Die Allianz für Welzow bezeichnete das Vorgehen als unredlich, da vielen Menschen nicht bewusst gewesen sei, dass für den Tagebau mehr als 800 Menschen umgesiedelt werden sollen.

[vm, Quelle: klima-allianz]

► www.klima-allianz.de

Fracking**Parlament fordert Umweltverträglichkeitsprüfung**

■ Das Europäische Parlament hat im Oktober über die Neuauflage der Umweltverträglichkeitsrichtlinie abgestimmt. Dabei sprachen sich die Abgeordneten für eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei der unkonventionellen Förderung fossiler Brennstoffe aus. Das betrifft auch die umstrittenen Bohrungen zur Gewinnung von Schiefergas, das sogenannte Fracking. Vor jedem Fracking-Projekt soll künftig eine UVP durchgeführt werden, also sowohl bei der Förderung als auch bei der Erkundung möglicher Vorkommen. Außerdem schlug

das Parlament Möglichkeiten vor, um die Bürgerinnen und Bürger besser über Fracking-Projekte zu informieren. „Wir legen deutliche Kriterien fest, um Interessenkonflikte zu vermeiden und die Öffentlichkeit einzubinden“, sagte der Berichterstatter Andrea Zanoni (ALDE, Italien).

Rebecca Harms, Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament lobte, dass gefährliche Schiefergasprojekte nicht mehr trotz Umweltrisiken und gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchgedrückt werden könnten. Allerdings verhindere die Abstimmung nicht notwendigerweise die Genehmigung von Schiefergasprojekten. Harms forderte, die EU-Haftungsrichtlinien so zu überarbeiten, dass Schiefergasfirmen vollständig für mögliche Schäden aufkommen müssen.

Das Parlament verschließt nun nicht mehr die Augen vor der gefährlichen Realität unkonventioneller fossiler Brennstoffe und der Bedrohung, die sie für die Gesundheit der Europäer und die Umwelt darstellen“, kommentierte Antoine Simon von Friends of the Earth Europe die Abstimmung. [vm]

► EU-Parlament: www.kurzlink.de/euparlfrack13

Fossile Energien

Oettinger schön Subventionen

■ Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung hat EU-Energiekommissar Günther Oettinger Mitte Oktober einen Bericht über Subventionen für fossile Energien beschönigt. Ursprünglich hatte in dem Dokument gestanden, dass 2011 30 Milliarden Euro an erneuerbare Energien flossen, im selben Zeitraum jedoch 35 Milliarden an nukleare Anlagen, 26 Milliarden an fossile Kraftwerke und indirekt noch einmal 40 Milliarden Euro in die Energieproduktion aus Kohle und Gas. Damit liegen die Subventionen für fossile Energien 2011 mehr als drei Mal so hoch wie die Subventionen für Erneuerbare. Dem Energiekommissar schienen diese Zahlen zu brennend, er ließ sie schlichtweg streichen. [sl]

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 14.10.2013

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkontrolle

Schweinefleischhygiene auf einen Blick

■ Mitte Oktober haben Europaabgeordnete den Weg für laschere Hygienekontrollen bei Schweinefleisch frei gemacht. Damit überstimmte das Plenum des Parlaments ein Veto des Ausschusses für Umweltfragen und Lebensmittelsicherheit.

Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, die Anhänge der EU-Verordnung über die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (Verordnung [EG] Nr. 854/2004) so zu verändern, dass Schweinefleisch künftig aufgrund einer rein visuellen Kontrolle als genussfähig erklärt werden könnte. Nur wenn sich bei der Besichtigung der Tiere Hinweise auf mögliche Gesundheitsrisiken ergäben, wäre auch eine Fleischkontrolle durch Tasten und Anschneiden erforderlich.

Die ParlamentarierInnen im Umweltausschuss hatten dieses Verfahren abgelehnt und auf mögliche Hygienrisiken hingewiesen. [dh]

- Änderungsvorschläge der EU-Kommission: www.kurzlink.de/hygiene-schwein2013
- Verordnung zu Kontrolle von Erzeugnissen tierischen Ursprungs: www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=L:2004:139:0206:0320:DE:PDF

Onlinekonsultation

Verbraucherschutz ohne Grenzen

■ Die EU-Kommission führt bis zum 31. Januar 2014 eine öffentliche Konsultation zum grenzübergreifenden Verbraucherschutz in Europa durch. Ziel der Konsultation ist eine wirksame und hilfreiche Zusammenarbeit der Verbraucherschutz-

Nachhaltigkeit

A-Z



A wie Aktuelle Erkenntnisse

Die Nachhaltigkeitsforschung berücksichtigt aktuelle Erkenntnisse der Psychologie bisher viel zu wenig. Gerade Untersuchungen zur Nachhaltigkeit von Lebensstilen können von diesen profitieren. Denn psychische Ressourcen wie Genussfähigkeit, Selbstakzeptanz, Selbstwirksamkeit, Achtsamkeit, Sinnkonstruktion und Solidarität sind hier von zentraler Bedeutung – vor allem in der Praxis von Gesundheitsförderung, Schulen und Hochschulen oder in Unternehmen und Non-Profit-Organisationen.

M. Hunecke
Psychologie der Nachhaltigkeit
Psychische Ressourcen für
Postwachstumsgesellschaften

124 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-452-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

behörden innerhalb der EU. Die rund 500 Millionen Einwohner sollen alle von demselben Verbraucherschutzrecht profitieren, gleich ob sie in dem eigenen, einem anderen Land der EU oder im Internet einkaufen. Mithilfe der Konsultationsergebnisse will die Kommission Antworten darauf finden, wie nationale Stellen bei Verstößen besser zusammenarbeiten können, wie rechtswidrige Praktiken besser verhindert und die Rechte der Verbraucher besser durchgesetzt werden. [rm]

- Onlinekonsultation:
www.kurzlink.de/konsult-konsum2013

Verbraucherbefragung

Kunden würden sich Bioware was kosten lassen

■ Eine Onlinekonsultation der Europäischen Kommission hat ergeben, dass 80 Prozent der Befragten bereit sind, mehr für Bioprodukte zu bezahlen. Unter anderem weil sie dem Label vertrauen und die umweltfreundliche Produktion ihnen wichtig ist, zum Beispiel, dass die Lebensmittel nicht mit Pflanzenschutzmitteln oder genetisch veränderten Organismen in Kontakt kommen. 79 Prozent der Menschen in der EU kennen laut der Umfrage das europäische Biolabel. An der Konsultation hatten sich überdurchschnittlich viele Menschen beteiligt, insgesamt 45.000. [v]

- www.kurzlink.de/Kommission-Bio

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Endspurt eingeläutet

■ Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik soll im Januar 2014 in Kraft treten. Ende September haben sich die EU-Agrar-

minister und Vertreter des EU-Parlaments in den letzten strittigen Punkten der Agrarreform geeinigt. Der Landwirtschaftsausschuss des Parlaments stimmte dem Kompromiss Anfang Oktober zu. Demnach sollen große Höfe weniger Geld erhalten als kleine bäuerliche Betriebe. Mit einer Ausnahme: in Deutschland.

Am heftigsten umstritten war, in welchem Umfang die Subventionen für landwirtschaftliche Großbetriebe gekürzt werden sollen. Als Großbetriebe gelten Höfe, die mehr als 150.000 Euro pro Jahr aus dem EU-Agrarbudget erhalten. Diese müssen jetzt mit fünf Prozent weniger Direktzahlungen pro Jahr rechnen. Der Kompromiss zwischen Rat und Parlament erlaubt aber auch eine Zusatzförderung für die ersten 30 Hektar der Fläche eines Landwirtschaftsbetriebs. Diese Ausnahmeregelung setzte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner durch. Ihrer Ansicht nach soll das vor allem kleinen Betrieben nützen.

Das EU-Parlament wollte für Empfänger von Subventionen ab 300.000 Euro noch weitere Kürzungen erreichen. Diese sind nun erst einmal vom Tisch. Dafür sind die EU-Länder den Parlamentariern in einem anderen Punkt entgegengekommen. Die EU stellt einen höheren Anteil zur Finanzierung von Projekten für die ländliche Entwicklung in besonders strukturschwachen Gebieten zur Verfügung – den Angaben zufolge bis zu 85 Prozent. Die Mitgliedstaaten hatten eigentlich zehn Prozent weniger gewähren wollen. Davon könnten zum Beispiel kleine Inseln in der Ägäis profitieren oder entlegene europäische Gebiete wie Guadeloupe.

Künftig will die EU junge Menschen stärker motivieren, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Dafür will sie die bisherigen Mittel von 2014 bis 2018 um 25 Prozent erhöhen. Mehr als 100 Milliarden Euro sollen von 2014 bis 2020 für eine grünere Landwirtschaft ausgegeben werden. 30 Prozent der direkten Zahlungen an Betriebe sollen daran gebunden sein, wie umweltfreundlich sie wirtschaften.

EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș bezeichnete die Beschlüsse als „starke Antwort“ Europas auf die Herausforderungen der Ernährungssicherheit, des Klimawan-

dels, des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung in ländlichen Gebieten. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen/EFA im EU-Parlament Martin Häusling kündigte an, dass seine Fraktion das Verhandlungsergebnis über die Direktzahlungen nicht mittragen wird. Von der klaren Forderung einer Kappung der Direktzahlungen sei nichts mehr übrig geblieben. Damit habe das Parlament eine seiner Kernforderungen nach einer gerechteren Landwirtschaft aufgegeben, sagte Häusling.

Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte den Kompromiss. Die Hoffnung auf ein Greening habe sich endgültig aufgelöst. Es sei enttäuschend, dass die Parlamentarier stets ihren Willen für eine ökologische Reform bekundet, aber nie so gehandelt hätten, monierte Faustine Defossez, Agrarexpertin beim EEB.

Das Plenum des EU-Parlaments muss nun im Oktober oder November über den Kompromiss abstimmen. In Deutschland werden Bund und Länder verhandeln, wie die Reform umgesetzt werden soll. [mbu]

- EU-Parlament zum Verhandlungsergebnis:
www.kurzlink.de/eu-parl-gap09.2013
- Memo zur EU-Agrarreform:
www.europa.eu/rapid (Referenz MEMO/13/621)
- www.martin-hausling.eu
- www.eeb.org

Agrarbedingte Wasserverschmutzung

Nitrateintrag leicht gesunken

■ Laut einem Bericht der Europäischen Kommission ist der Nitratgehalt im europäischen Grund- und Oberflächenwasser leicht zurückgegangen. Es ist der zweite Bericht über die Umsetzung der Nitratrichtlinie von 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen. Er stützt sich auf Werte für den Zeitraum von 2008 bis 2011.

Der Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter für Nitrat wurde an rund 14 Prozent der Grundwassermessstationen überschritten. Im ersten Berichtszeitraum von 2004 bis 2007 waren es noch 15 Prozent. ►

„Ohne Agrarsubventionen gäbe es heute mehr bäuerliche Betriebe und weniger Großbetriebe.“

In Ostdeutschland entstehen Großgrundbesitzstrukturen wie im 19. Jahrhundert. Dieser These widersprechen Agrarexperten längst nicht mehr. Bis zu 700.000 Hektar Ackerland in öffentlicher Hand müssen neu verteilt werden, die Treuhandnachfolgerin BVVG will bis 2025 noch 250.000 Hektar verkaufen. Der Agrarwissenschaftler Jörg Gerke fordert, den Ausverkauf zu stoppen.

Umwelt aktuell: Sie sprechen von einem Ausverkauf der Landwirtschaftsflächen in Ostdeutschland. Was heißt das genau?

Dies bedeutet, dass die landwirtschaftlichen Flächen an externe, nicht ortsansässige Personen oder Firmen verkauft werden. Damit verfügt die einheimische Landwirtschaft nicht mehr oder nur noch zum Teil über den landwirtschaftlichen Boden. Diese Entwicklung ist in Ostdeutschland besonders ausgeprägt, weil die dortigen Landesregierungen nach der Wende 1989/90 über mehr als 50 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen verfügten und damit Agrarstrukturpolitik zugunsten eines Ausverkaufs der Landwirtschaft betrieben haben. In der alten Bundesrepublik hat der Verkauf an externe Investoren bis heute nur eine geringe Bedeutung. Hier ist das landwirtschaftliche Eigentum breit gestreut – in der Hand von Bauernfamilien.

Was fordern Sie gegen den zerstörerischen Strukturwandel, den die Bodenverwaltungs- und -verwertungsgesellschaft (BVVG) mitverursacht hat?

Die BVVG hatte anfangs über zwei Millionen Hektar, also mehr als 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in ihrer Verwaltung. Mit der Verpachtung und dem Verkauf dieser Flächen vor allem an ostdeutsche Großbetriebe haben die Regierungen der neuen Länder Agrarstrukturpolitik betrieben, gegen bäuerliche Landwirtschaft und für eine aus der DDR wohlbekannte Agrarindustrialisierung. Der in der Frage verwendete Begriff „Strukturwandel“ unterstellt dabei ein Marktgeschehen. Dies hat es in Ostdeutschland ausdrücklich nicht gegeben, die industrialisierten Großbetriebsstrukturen sind aufgrund einer gezielten Subventionierung über verbilligte Verpachtung und Verkauf von BVVG-Flächen und auch landeseigene Flächen an Großbetriebe geschaffen worden. Die dabei für einige Tausend Großbetriebseigentümer bereitgestellten Subventionen übersteigen mittlerweile 20 Milliarden Euro.

Der Kauf von BVVG-Flächen war an eine Bewirtschaftungsverpflichtung von 20 Jahren gekoppelt. Der Deutsche Bauernverband setzte eine Verkürzung auf 15 Jahre durch. Welche Folgen hat das?

Die BVVG-Flächen wurden Anfang der Neunzigerjahre fast ausschließlich an Großbetriebe verpachtet. Entscheidend ist, dass allein die Pächter diese Flächen kaufen können. Damit ist es mehr als 80 Prozent der ostdeutschen Betriebe bis heute nicht möglich, BVVG-Flächen zu kaufen. Das betrifft vor allem bäuerliche Betriebe. Beim verbilligten Verkauf von BVVG-Flächen verpflichteten sich die Käufer ursprünglich zu einer 20-jährigen Bewirtschaftung, eine gut verständliche Auflage, wenn bedacht wird, dass die BVVG in den Jahren 2000–2009 gute arrondierte Ackerflächen fast zum Nulltarif von 1.200–3.000 Euro pro Hektar verkaufte, ein Zehntel dessen, was vergleichbare Flächen in Westdeutschland kosteten. Die vom Deutschen Bauernverband durchgesetzte Verkürzung der Bewirtschaftungsverpflichtung forciert den Ausverkauf an externe Investoren. Die Eigentümer der von der BVVG reichlich begünstigten Großbetriebe, DDR-Agrarkader und westdeutsche Agrarfunktionäre, haben Flächen von der BVVG spottbillig erworben und können diese mittlerweile zum Zehnfachen des ehemaligen Preises weiterverkaufen.

Bleibt der Bodenschutz in der industriellen Landwirtschaft auf der Strecke?

Die ostdeutsche Bodenpolitik hat ausgeräumte Landschaften geschaffen. Dies ist beispielsweise gut in der Magdeburger Börde, in Teilen Vorpommerns, im westlichen Teil der Insel Rügen oder der Uckermark zu sehen. Die fehlende Vielgestaltigkeit, das Fehlen von Hecken, der Mangel an Feldrain oder Wäldchen fördern die Erosion. Im Frühjahr 2011 gab es in Mecklenburg-Vorpommern einen Riesenverkehrsunfall mit mehreren Toten aufgrund eines gravierenden Winderosionsereignisses auf einem benachbarten 40-Hektar-Acker. Diese einzelne Ackerfläche ist etwa so groß wie ein Durchschnittsbetrieb in Nordrhein-Westfalen. Das Ereignis ist ein Beleg dafür, wie fragil, wie wenig stabil die ausgeräumten ostdeutschen Agrarstrukturen auch für die Bodenbewirtschaftung sind.

In den freiwilligen Leitlinien gegen Landraub wird die zivilgesellschaftliche Beteiligung bei Fragen zu Landnutzungsrechten betont. Klingt doch prima – oder ist es nur ein Lippenbekenntnis?

Die Bundesrepublik hat 2013 die internationalen, freiwilligen Leitlinien unterschrieben, setzt diese aber nicht um. Allerdings sind aufgrund des großen Umfangs an Boden in öffentlicher Hand die Folgen der fehlenden Partizipation der Zivilgesellschaft in diesem Bereich in Ostdeutschland gravierender als im Westen. Beispielsweise bewirtschaften in Mecklenburg-Vorpommern 341 Betriebe mit mehr als 1.000 Hektar Nutzfläche mehr als 40 Prozent der gesamten Landwirtschaftsfläche. In Nordrhein-Westfalen gibt es dagegen nur sechs, in Niedersachsen nur 14 Betriebe mit mehr als 1.000 Hektar. Damit haben wir in Ostdeutschland einen Prozess der Latifundienbildung, wie er in Deutschland einmalig ist.

Die Kappung der Flächenprämie bei der EU-Agrarreform scheint endgültig vom Tisch zu sein. Wie wirkt sich das auf die deutsche Landwirtschaft aus?

Mit den EU-Agrarbeihilfen wird es bis 2020 weitergehen wie bisher. Darin sind sich CDU/CSU und SPD einig. Die Auswirkungen dieser Beihilfen lassen sich an einem Beispiel gut zeigen: Ein großer Marktfruchtbetrieb, beispielsweise mit 2.000 Hektar und fünf Mitarbeitern, erhält je Mitarbeiter jährlich mehr als 120.000 Euro an Agrarbeihilfen aus Brüssel, eine Arbeitskraft im durchschnittlichen bäuerlichen Betrieb dagegen weniger als 10.000 Euro. Dies ist der Kern einer dramatischen Wettbewerbsverzerrung zwischen Groß und Klein. Gäbe es keine Agrarsubventionen, so gäbe es heute mehr bäuerliche Betriebe und weniger Großbetriebe. Die Behauptung, dass die Agrarbeihilfen die bäuerliche Landwirtschaft erhalten würden, ist also falsch.

[Interview: Marion Busch]

Der Agrarwissenschaftler Dr. Jörg Gerke war Mitglied im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und hat Bücher über die Agrar- und Bodenpolitik in Ostdeutschland veröffentlicht.

Tel. +49 (0)38453 / 20400, E-Mail: gerke.rukieten@t-online.de



Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Ethik

Markus Vogt erschließt das ethische Profil der Nachhaltigkeit: Zum einen durch den Dialog zwischen Schöpfungstheologie und Naturwissenschaften zu den ethischen Implikationen eines neuen Verständnisses von Raum, Zeit, System und Komplexität. Zum anderen analysiert er aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive globale und intergenerationelle Verteilungskonflikte, aus denen sich Kriterien für einen zukunftsfähigen Gesellschaftsvertrag ergeben.

M. Vogt

Prinzip Nachhaltigkeit

Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive

Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit Band 39
555 Seiten, Broschur, 34,90 Euro,
ISBN 978-3-86581-091-5

Erhältlich bei

www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**
Die guten Seiten der Zukunft

In sechs Prozent der Fälle lag der Nitratgehalt zwischen 40 und 50 Milligramm pro Liter, was etwa den Werten des vergangenen Berichts entspricht. Am niedrigsten waren die Werte in Finnland, Schweden, Lettland, Litauen und Irland. In Deutschland und Malta sind die höchsten Werte zu verzeichnen. Beim Oberflächenwasser war der Wert bei jedem fünfzigsten Messstandort zu hoch. In früheren Messungen gab es noch an jedem dreißigsten Messstandort erhöhte Werte.

Die meisten Mitgliedstaaten geben an, dass der Nitratgehalt weiter abnehmen wird. Das sei auf Auflagen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Aktionsprogramme zum Schutz von gefährdeten Gebieten zurückzuführen. Allerdings wurden gegen acht Mitgliedstaaten, darunter zum Beispiel Polen und Frankreich, Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil sie nicht genügend gefährdete Gebiete ausgezeichnet hatten oder ihre Aktionsprogramme mangelhaft waren.

Laut Kommission hat sich zwar die Qualität der Aktionsprogramme verbessert. Viele Probleme, vor allem mit Düngemitteln und deren Lagerung, bestünden jedoch weiterhin. In der Lagerung von Dung sieht die Kommission eine „hohe finanzielle Belastung“ für Landwirte. Diese könnte allerdings durch den geringeren Einsatz mineralischer Düngemittel ausgeglichen werden, da der Stickstoff in Dung effizienter ist und die Arbeitsbedingungen verbessert würden. Weniger mineralische Düngemittel führen zudem zu geringeren Treibhausgasemissionen. [vm]

► Bericht EU-Kommission:

www.kurzlink.de/eu-kom-nitrat-rl-13

Patente auf Leben**Verbot gefordert**

■ Ein Bündnis aus Landwirten und NGOs hat am Welternährungstag Mitte Oktober vor dem Europäischen Patentamt in München gegen Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere demonstriert.

Während der Verwaltungsrat des Europäischen Patentamts (EPA) tagte, warnten die Demonstrationsteilnehmer vor einer „demokratiefreien Zone“. So fordert die Organisation „Kein Patent auf Leben!“ die Patentierung auf Pflanzen- und Tierzucht dauerhaft zu verbieten. Zwar hat das EPA inzwischen die Erteilung solcher Patente ausgesetzt, aber aus Sicht der Kritiker sollte endlich ein rechtlich verbindlicher Kurswechsel bei der Patentierung eingeleitet werden.

Dieses Jahr hat das Patentamt mehrmals Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen erteilt. Aus Sicht der Initiative „Keine Patente auf Saatgut!“ ist herkömmlich gezüchtetes Gemüse kein „geistiges Eigentum“. Laut EU-Recht sind solche Patente sogar verboten. Seit Langem kritisieren Umwelt-, Landwirtschafts- und Verbraucherorganisationen die Praxis des EPA, eine EU-Richtlinie von 1999 anders zu interpretieren, und fordern eindeutige Rechtsvorschriften. Das Europäische Patentamt hatte die entsprechende Richtlinie übernommen, legt diese aber anders aus als das EU-Parlament.

Auch der Bundestag in Berlin und das EU-Parlament haben sich eindeutig gegen Patente auf Leben ausgesprochen. Das EPA setzt sich immer wieder darüber hinweg, unter anderem mit der Begründung, es würden internationale Abkommen zum Schutz des Eigentums verletzt.

Vor der Tagung im Oktober hatten EU-Abgeordnete den EPA-Verwaltungsrat aufgefordert, eine Resolution des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2012 umzusetzen, in der steht, „alle Erzeugnisse aus konventioneller Zucht und alle herkömmlichen Zuchtverfahren von der Patentierbarkeit auszuschließen, auch die Präzisionszucht und Zuchtmaterial, das bei der konventionellen Zucht eingesetzt wird“.

Die an der Protestaktion beteiligten Organisationen befürchten, dass die kritisierten Patente die Marktkonzentration auch im Bereich Saatgut weiter vorantreiben und die Grundlagen der Welternährung dadurch in die Abhängigkeit von einigen wenigen internationalen Konzernen geraten. In Brüssel wird derzeit eine neue

EU-Saatgutverordnung erarbeitet, die Umweltverbände ebenfalls kritisch begleiten. [mbu]

- ▶ Resolution des Europäischen Parlaments 2012: www.kurzlink.de/patent-resol-ep2012
- ▶ EPA-Beschluss: www.kurzlink.de/epa-patentstopp2013
- ▶ www.keinpatent.de
- ▶ www.no-patents-on-seeds.org

Genpflanzenzulassung

Neuer Genmais für Europas Äcker?

■ Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs von Anfang Oktober ebnet möglicherweise den Weg für eine neue gentechnisch veränderte Maissorte in die EU. Wegen eines Verfahrensfehlers muss erneut über die Zulassung der insektenresistenten Maissorte 1507 des Agrarchemiekonzerns DuPont Pioneers abgestimmt werden. Die EU-Kommission hatte den Zulassungsantrag des Konzerns nicht an die Mitgliedstaaten übermittelt. Da das für die Zulassung von genveränderten Sorten zuständige Expertengremium keine einheitliche Meinung hatte, hätte das Gesuch dem EU-Ministerrat zur Abstimmung überreicht werden müssen. [vw]

- ▶ www.keine-gentechnik.de

Onlinekonsultation

Agrar- und Forstsubventionen

■ Die EU-Kommission führt bis 19. November eine öffentliche Konsultation zu neuen Regeln für die staatliche Beihilfe in Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Raum durch. Ziel der Neuregelung ist es, den bürokratischen Aufwand staatlicher Beihilfen im Agrarsektor für alle Beteiligten zu reduzieren. [rm]

- ▶ www.ec.europa.eu/agriculture/stateaid/policy/consultation-aber/index_en.htm

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Internationale Wälder

EU und Indonesien gegen Abholzung

■ Die Europäische Union hat im Rahmen des FLEGT-Aktionsplans (Forest Law Enforcement, Governance and Trade) ein freiwilliges Partnerschaftsabkommen mit Indonesien unterzeichnet. Indonesien ist der größte asiatische Exporteur von Holz und Holzprodukten in die EU. Indonesische Holzprodukte müssen künftig ein unabhängiges Kontrollsystem durchlaufen, bevor sie nach Europa ausgeführt werden dürfen. So soll gewährleistet werden, dass bei der Erzeugung indonesische Rechtsvorschriften eingehalten wurden und kein illegal geschlagenes Holz nach Europa exportiert wird. Die EU will Indonesien dabei unterstützen, die bestehenden Kontrollsysteme besser und effektiver zu gestalten.

Bei dem Abkommen handelt es sich um die erste FLEGT-Vereinbarung zwischen der EU und einem asiatischen Staat. An dem sechs Jahre dauernden Verhandlungsprozess waren NGOs, Unternehmen sowie Regierungsbeamte beteiligt. Das Abkommen knüpft an die im März 2013 in Kraft getretene EU-Verordnung an, wonach europäische Händler von Lieferanten einen Nachweis verlangen müssen, dass das Holz nicht illegal geschlagen wurde.

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik bezeichnete die Einigung als „gut für die Umwelt und zugleich gut für verantwortungsbewusste Unternehmen“. Nun muss das Abkommen noch in der EU und in Indonesien ratifiziert werden. Für Europa muss das EU-Parlament dem Abkommen zustimmen.

Pro Regenwald hatte in diesem Frühjahr eine Aktion gegen die Zerstörung von einer Million Hektar Regenwald im indonesischen Aceh gestartet. [vm]

- ▶ Mitteilung der EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/887)
- ▶ www.pro-regenwald.de

Europäische Wälder

Forststrategie ohne Plan

■ Ende September hat die Europäische Kommission die EU-Forststrategie veröffentlicht. Sie beinhaltet verschiedene politische Instrumente, die den wachsenden Bedarf an Holz decken und Waldnutzung mit Aspekten der Nachhaltigkeit verbinden sollen.

In der Forststrategie sind unterschiedliche Maßnahmen in „strategischen Orientierungen“ festgehalten. So müssen die EU-Mitgliedstaaten beispielsweise im Bereich Klima zeigen, wie sie die Kapazität von Wäldern zur Emissionsreduktion bis 2014 erhöhen wollen. Bis 2020 sollen alle EU-Länder die Nachhaltigkeit ihres nationalen Waldmanagements nachweisen. Kriterien, um die Nachhaltigkeit zu messen, werden die Kommission und das Parlament bis 2015 entwickeln.

Die Strategie sieht auch Maßnahmen im Bereich Biodiversität vor und beinhaltet ein „Kaskadenprinzip“, das den Verbrauch verschiedener Forstprodukte priorisiert.

Der Verband Europäischer Waldbesitzer (CEPF) lobte die Strategie, da sie zur ländlichen Entwicklung beitrüge und Arbeitsplätze schaffe. Der europäische Waldschutzverband FERN hingegen kritisiert, sie sei zu schwach ausgefallen. Denn sie enthalte keine verbindlichen Nachhaltigkeitskriterien. Auch beinhalte die Strategie keinen konkreten Aktionsplan, wie dies zuvor von Agrarvertretern der EU-Kommission gefordert worden war. Dabei machten Wälder 40 Prozent der genutzten Landfläche in Europa aus und spielten eine Schlüsselrolle im Bemühen, den Klimawandel zu bekämpfen und die biologische Vielfalt zu erhalten.

Saskia Ozinga von FERN forderte: „Bei abnehmenden Schutzniveaus und dem wachsenden Verlust der Biodiversität in Wäldern muss die EU die Umweltauswirkungen der Waldnutzung weiter verringern.“ [ej]

- ▶ EU-Kommission: www.kurzlink.de/forststrkom
- ▶ Reaktion CEPF: www.kurzlink.de/forststrcepf
- ▶ Reaktion FERN: www.kurzlink.de/forststrfern

Naturschutz I

Grünes Band soll lückenlos werden

■ Das Projekt „Lückenschluss Grünes Band“ vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) soll zerstörte Lebensräume innerhalb des Grünen Bandes wiederherstellen.

Das Grüne Band ist ein 1.400 Kilometer langer Biotopverbund an der ehemaligen innerdeutschen Grenze und bietet mehr als 1.200 Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum. Durch verschiedene, vor allem landwirtschaftliche Nutzungen ist der Biotopverbund des Grünen Bandes auf etwa 180 Kilometern nicht mehr zusammenhängend.

Im Rahmen des Projektes sollen Flächenbesitzer wie die Naturschutzstiftungen der Länder und Kommunen sowie Privatpersonen davon überzeugt werden, zerstörte Abschnitte des Grünen Bandes wiederherzustellen. Dazu werden in drei Modellregionen Maßnahmen zur Regeneration gefährdeter Biotoptypen durchgeführt. Dies soll eine Signalwirkung für das Schließen von Lücken auch in anderen Biotopverbänden haben.

Das Bundesumweltministerium (BMU) fördert das Projekt mit 1,6 Milli-

onen Euro aus den Mitteln des Bundesprogramms Biologische Vielfalt. [ej]

► Mitteilung des BMU: www.kurzlink.de/gbpmbmu

► Mitteilung des BUND: www.kurzlink.de/pmbundgb

Naturschutz II

Neues Großprojekt

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) will eines der ältesten Waldgebiete Deutschlands, das Naturschutz- und FFH-Gebiet Hohe Schrecke in Thüringen vergrößern.

Der Höhenzug Hohe Schrecke gehört zu den größten Buchenwäldern Mitteleuropas. In der DDR war das Gebiet militärisches Sperrgebiet. Das BMU wird das Projekt „Alter Wald mit Zukunft“ in den nächsten zehn Jahren mit 9,35 Millionen Euro fördern. Der Projektträger „Naturstiftung David“ hat bereits einen Pflege- und Entwicklungsplan für die Hohe Schrecke erstellt. Nun werden die Maßnahmen umgesetzt: 1.700 Hektar Wald sollen aus der Nutzung genommen und der eigenen Entwicklung überlassen werden.

Seit 1979 fördert der Bund die Erhaltung großflächiger, national bedeutsamer Landschaften sowie das Nationale Na-

turerbe Deutschlands und hat seitdem besonders schützenswerte Naturräume und historisch gewachsene Kulturlandschaften in 55 Regionen unterstützt. Der Bund fördert derzeit 22 vergleichbare Großprojekte. [ej]

► www.hohe-schrecke.net

► www.naturstiftung-david.de

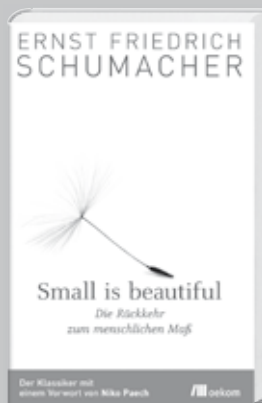
► Mitteilung des BMU: www.kurzlink.de/pmbmuhs

Urwälder

Bilanz für Deutschlands Naturwälder

■ Nur 1,9 Prozent der Wälder in Deutschland werden ihrer natürlichen Entwicklung überlassen. Das geht aus der im Oktober vom Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium veröffentlichten Bilanz über Naturwälder in Deutschland hervor.

Umweltverbände sehen die Zahlen mit Besorgnis. „Bei dem derzeitigen Tempo beim Schutz der Wälder wird es unmöglich sein, die im Rahmen der nationalen Biodiversitätsstrategie anvisierten fünf Prozent natürliche Waldentwicklung bis 2020 noch zu erreichen. Das Fehlen wichtiger Lebensräume bedeutet jedoch das Aussterben zahlreicher Tier- und Pflanzenarten“, sagte



Der Öko-Klassiker neu aufgelegt

Ob »Stuttgart 21« oder der Hauptstadtflughafen – was wir gerade erleben, ist das grandiose Scheitern von Großprojekten. Diesem Gigantismus, dieser Gier nach Macht und Größe stand bereits Ernst F. Schumacher kritisch gegenüber. In seinem Weltbestseller »Small is beautiful« hat er sich bereits vor 40 Jahren für eine »Miniaturisierung der Technik« stark gemacht und dafür, »ein Maximum an Glück mit einem Minimum an Konsum zu erreichen«. Die Neuauflage lädt zu einer Wiederentdeckung Schumachers ein und bietet Hintergründe zu Buch und Autor.

E. F. Schumacher

Small is beautiful

Die Rückkehr zum menschlichen Maß

304 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-408-1
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

oekom

Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Die Verbände fordern deshalb die Bundesregierung auf, ein Programm zur Förderung der natürlichen Waldentwicklung aufzusetzen und weitere Nationalparks auszuweisen, die ihrer natürlichen Entwicklung überlassen werden sollen. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) verlangt deshalb, zusätzliche 225.000 Hektar Wald als „Urwälder von morgen“ auszuweisen, um die vorgegebene Zielmarke der Bundesregierung zu erreichen. [ej]

- ▶ Mitteilung des BUND: www.kurzlink.de/bndbund
- ▶ Mitteilung des NABU: www.kurzlink.de/bndnabu

TIERSCHUTZ & ETHIK

Volksbegehren

Tierleid als Kulturgut

■ Spanien möchte den Stierkampf zu einem immateriellen Kulturgut erklären. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde von dem Parlament in Madrid bereits verabschiedet. Dem Gesetz muss jetzt nur noch der Senat zustimmen. Dieser möchte Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung des spanischen Stierkampfes aufstellen und hat die Regierung aufgerufen, dafür einen Plan zu erarbeiten. Weiterhin forderte der spanische Senat die Regierung dazu auf, einen Antrag auf die Aufnahme des Stierkampfes in die Unesco-Liste des immateriellen Weltkulturerbes der Menschheit zu stellen.

Anlass für die Gesetzesinitiative war ein Volksbegehren. Insgesamt 600.000 Unterschriften sammelten die Anhänger des Stierkampfes. Der Deutsche Tierschutzbund wies jedoch darauf hin, dass nur etwa 14 Prozent der Spanier Stierkämpfe besuchen und die Mehrheit der europäischen Bevölkerung solche Attraktionen als Tierquälerei ablehnt. Den Todeskampf eines Tieres als Kulturgut zu tarnen, sei ein herber Rückschlag für den Tierschutz eu-

ropaweit, monierte der Tierschutzbund. Er forderte spanische Politiker auf, Abstand von dem Gesetz zu nehmen. [rm]

- ▶ www.kurzlink.de/sp-stier13tierschutz

Tierschutzlabel

Tierschutz in zwei Stufen

■ Etwa 66 Prozent der Verbraucher Deutschlands fordern laut einer aktuellen Studie verschärfte gesetzliche Regelungen für eine tiergerechte Haltung. Das zweistufige Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes soll den Tierschutz bei Lebensmitteln garantieren. Laut Angaben des Tierschutzbundes sind schon die Standards der Einstiegsstufe weit über den in der konventionellen Landwirtschaft vorgeschriebenen. Anfängliche Zweifel, dass die Konsumenten nicht auf das Siegel achten würden und sich die Premiumstufe mit zwei Sternen gegenüber der Einstiegsstufe nicht durchsetzen würde, haben sich offenbar erübrigt.

Der Tierschutzbund gibt an, dass ein Dreivierteljahr nach Verkaufsbeginn der zertifizierten Produkte über zehn Millionen Masthühner und etwa 40.000 Schweine unter besseren Bedingungen gehalten werden als vorher. Zumindest bei Schweinefleisch habe sich auch die Premiummarke durchgesetzt. Allerdings ist das Tierschutzlabel kaum bekannt. Das liegt laut Tierschutzbund unter anderem an zu wenig Werbung und der Blockadehaltung einiger Händler.

Aus Sicht des Tierschutzbundes ist das Label jedoch die einzige Alternative zur Biohaltung, die ebenfalls eine artgerechte Haltung garantiert. Auch die als Branchenlösung bezeichnete „Initiative Tierwohl“ sei keine Option zu dem Tierschutzlabel, sagte der Präsident des Deutschen Tierschutzbunds Thomas Schröder. Diese Kritik teilen der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Die „Initiative Tierwohl“ wurde im September als Reaktion auf die Probleme in der landwirtschaftlichen Tier-

haltung von Unternehmen der Fleischbranche und des Handels gegründet. Tierschützer bemängeln unter anderem die fehlende Transparenz. Beispielsweise erführen Kunden nicht, aus welcher Tierhaltung das Fleisch stammt. [rm]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de
- ▶ Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, Fax / 492221, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de

Kultur zum Tierwohl

„ARTgerecht“ – gegen Tiermanipulation

■ Vom 26. November bis 31. Dezember findet das Tollwood-Kulturfestival gegen Tiermanipulation in München statt. Der Deutsche Tierschutzbund und Tollwood fordern ein Ende der industriellen Intensivtierhaltung, die rein wirtschaftliche Interessen verfolgt, und die Änderung der Tierschutzgesetzgebung, damit Tierquälerei ein Ende hat. Auf dem Winterfestival kann man die entsprechende Unterschriftenaktion „ARTgerecht“ von Tierschutzbund und Tollwood unterstützen. Tollwood ist ein Forum für gesellschaftliches und ökologisches Engagement. [vv]

- ▶ www.tollwood.de/artgerecht
- ▶ www.tierschutzbund.de/tollwood

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

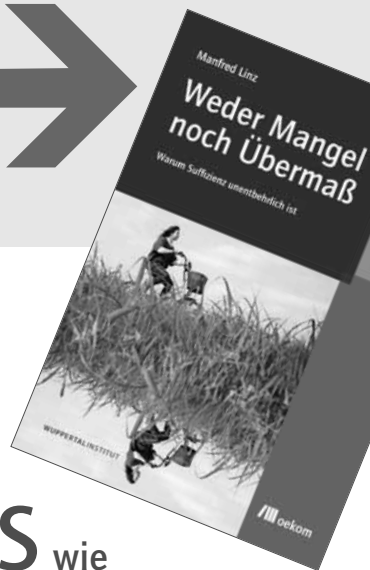
Vereinfachung EU-Rechtsvorschriften

Aus für EU-Bodenrichtlinie?

■ Die Europäische Kommission will möglicherweise ihren Vorschlag für eine Bodenschutzrahmenrichtlinie zurücknehmen und die Aarhus-Konvention stoppen. Das geht aus dem sogenannten REFIT-Programm (Regulatory Fitness and

Nachhaltigkeit

A-Z

S wie
Suffizienz

Effizienzsteigerungen allein reichen nicht aus, um Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß zu senken. Wir müssen unser Konsumverhalten insgesamt überdenken.

In seinem Buch »Weder Mangel noch Übermaß. Warum Suffizienz unentbehrlich ist« erklärt Manfred Linz nicht nur, warum wir einen genügsameren Lebensstil pflegen sollten. Er zeigt auch, dass mehr Suffizienz auch mehr Gerechtigkeit bringt – und beschreibt anschaulich ihre praktische Umsetzung.

M. Linz
Weder Mangel noch Übermaß
Warum Suffizienz unentbehrlich ist
146 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-399-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Performance Programme) hervor. Mit dem Programm will die Kommission Rechtsvorschriften vereinfachen und den bürokratischen Aufwand in einigen Bereichen verkleinern. Nun wurde deutlich, dass die geplanten Änderungen auch zulasten des Umweltschutzes und der Bürgerrechte ausfallen könnten.

Obwohl die Kommission bisher eine EU-weite Bodenschutzrahmenrichtlinie für notwendig erachtete, um das Problem der zunehmenden Degradierung europäischer Böden anzugehen, erwägt sie nun offenbar, ihren Vorschlag über eine Richtlinie von 2006 zurückzunehmen. In der Mitteilung der Kommission heißt es, es bestünden kaum Möglichkeiten, den Richtlinienvorschlag durchzusetzen, da er im Mitentscheidungsverfahren blockiert sei. Erst im Sommer hatten sich das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten allerdings darauf geeinigt, die Forderung nach einem EU-weiten gesetzlichen Rahmen für den Bodenschutz in das 7. Umweltaktionsprogramm aufzunehmen.

Der NABU warf Barroso vor, er traue sich vor allem angesichts des Widerstands der Bundesregierung nicht, die Richtlinie auf den Weg zu bringen. Auch das Europäische Umweltbüro (EEB), der größte europäische Umweldachverband, zeigte sich bestürzt über den möglichen Rückschritt in der Bodenpolitik. Angesichts des kürzlich veröffentlichten Weltklimaberichts, der unter anderem die Nahrungssicherheit durch den Klimawandel gefährdet sieht, sei die Kommissionsankündigung nicht nachvollziehbar.

Die Kommission zieht zudem in Betracht, eine 2003 vorgeschlagene Richtlinie zum Zugang zu Gerichten in Umweltbelangen wieder zurückzuziehen. Damit würde sie eine Umsetzung der Aarhus-Konvention verhindern. Gleichzeitig hieß es in der Mitteilung jedoch, man arbeite an einem Alternativvorschlag. Jeremy Wates, Generalsekretär des EEB, sagte, ein Rückzug bei der Richtlinie von 2003 sei nur zu rechtfertigen, wenn die Kommission tatsächlich innerhalb der nächsten Monate einen neuen Vorschlag vorlegen würde. Dass Barroso bei Verbes-

serungen der Klagerechte von Verbänden im Umweltbereich zurückrudert, ist nach Ansicht des NABU ein schlechtes Signal für den Umweltschutz und die Partizipationsmöglichkeiten der BürgerInnen in der EU. NABU-Präsident Olaf Tschimpke sagte: „Der Umweltschutz ist einer der Bereiche, in dem die Bürger am meisten Vertrauen in die EU setzen und mehr Engagement fordern, nicht weniger.“ [vm]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference IP/13/891)
- ▶ www.nabu.de
- ▶ www.eeb.org

Arbeitsprogramm für 2014

Wirtschaftswachstum durch
Deregulierung?

Die Europäische Kommission hat im Oktober ihr Arbeitsprogramm für den Rest ihrer Amtszeit 2014 vorgestellt. Es weist alle wachstumsfördernden Vorschläge, die vorrangig in den kommenden Monaten abgeschlossen werden sollen, aus. Dazu gehören die Vollendung der Bankenunion und des Binnenmarktes und die digitale Agenda. Im Verkehrsbereich soll das 4. Eisenbahnpaket zur Vollendung des einheitlichen europäischen Eisenbahnraums zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in der EU prioritär zu Ende verhandelt werden. Zudem gehören die Richtlinie zur Integration des Flugverkehrs in den Emissionshandel sowie die Richtlinie zur öffentlichen Beschaffung zu der Prioritätsliste.

Weitere Initiativen der Kommission beinhalten die Überarbeitung des politischen und gesetzlichen Rahmens für ökologische Erzeugnisse sowie den Rahmen für die Klima- und Energiepolitiken im Zeitraum von 2020 bis 2030. Die Kommission will auch einen Vorschlag für einen Rahmen zur Sicherheit der unkonventionellen Förderung fossiler Brennstoffe erarbeiten. Das betrifft auch die umstrittenen Bohrungen zur Gewinnung von Schiefergas, das sogenannte Fracking. Darüber hinaus beschäftigt sich die Kom-

mission am Post-2015-Prozess, der die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) zusammenbringt. Außerdem arbeitet sie an einer Mitteilung zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der „grünen Wirtschaft“ sowie an der Umsetzung des Binnenmarkts für Energie.

Im Bereich Ressourceneffizienz und Abfall will die Kommission die Wirtschaft der EU in Richtung Kreislaufwirtschaft lenken, damit diese produktiver und weniger ressourcenintensiv wird. Dazu gehören die Entwicklung von nachhaltigen Indikatoren und -zielen sowie die Überarbeitung der Ziele der EU-Abfallgesetzgebung. Des Weiteren will die Kommission eine Strategie für die Sicherheit im Seeverkehr erarbeiten.

Ein Anhang listet die Richtlinienvorschläge auf, deren Zurückziehung die Kommission erwägt. Darunter fallen im Umweltbereich der Richtlinienvorschlag zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten sowie die EU-Bodenrahmenrichtlinie. Gegenwind gegen diese Richtlinien gibt es sowohl durch das REFIT-Programm der Kommission (siehe voriger Artikel) als auch durch den britischen Premier David Cameron und einen Zusammenschluss von Unternehmen.

Die Brüsseler Umweltdachverbände warnen eindringlich vor einer Rücknahme der Richtlinien und der Aufweichung des Vorsorgeprinzips durch Deregulierung und Bürokratieabbau. Ende des Monats wollten die Staats- und Regierungschefs der EU darüber diskutieren. [bv]

- ▶ Arbeitsprogramm der Kommission:
www.ec.europa.eu/atwork/key-documents
- ▶ Offener Brief Umweltverbände:
www.kurzlink.de/refit-ngo-openletter
- ▶ Deregulierungsvorstoß Cameron und Wirtschaft:
www.kurzlink.de/uk-business-deregula

Umweltverträglichkeitsprüfung

Parlament will Verschärfung

■ Das Europäische Parlament hat im Oktober über die Revision der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung

(UVP) abgestimmt. Dabei sprachen sich die Abgeordneten für eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei der unkonventionellen Förderung fossiler Brennstoffe aus (siehe S. 14).

Zukünftig sollen auch Ressourceneffizienz, Klimawandel, Biodiversität und Katastrophenvorsorge bei Umweltverträglichkeitsprüfungen berücksichtigt werden. Die Europa-Abgeordneten schlugen zudem vor, dass die Experten, die mit der Durchführung von Umweltverträglichkeitsstudien beauftragt werden, „fachlich geeignet, objektiv und unabhängig“ sein müssen. Zudem sollen nach dem Willen der Abgeordneten die betroffene Öffentlichkeit besser informiert werden und weitere Projekte der UVP-Pflicht unterliegen.

Seit 26 Jahren sorgt die UVP-Richtlinie dafür, Umweltaspekte in der Planung von Projekten zu berücksichtigen und betroffene Bürger zu beteiligen. Vor einem Jahr hatte die EU-Kommission Änderungsvorschläge zur Umweltverträglichkeitsprüfung vorgelegt, um den Verwaltungsaufwand und die Prüfung der potenziellen Auswirkungen größerer Projekte zu erleichtern und Umweltschutz- und Klimaaspekte stärker zu berücksichtigen. Die ParlamentarierInnen setzten sich dafür ein, dass eine UVP nicht mehr an die Bahnlänge von Flugplätzen geknüpft ist. Damit müssen künftig auch Umweltauswirkungen von kleinen Flugplätzen geprüft werden.

Voraussichtlich werden sich Rat und Parlament nun in Trilogverhandlungen auf eine gemeinsame Position einigen. [bv]

- ▶ www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/2321

Fracking

Verbot in Frankreich rechtens

■ Der französische Verfassungsrat hat im Oktober das französische Förderverbot für Schiefergas durch Fracking bestätigt. Das US-Energieunternehmen Schuepbach hatte gegen das französische Frackingverbotsgesetz aus dem Jahr 2011 geklagt. Die

Regelungen dienten dem Umweltschutz und damit dem Gemeinwohl und seien deshalb verfassungskonform, urteilten die Verfassungsrichter in Paris. Dem Unternehmen waren infolge des Gesetzes erteilte Lizenzen für Fracking-Probebohrungen entzogen worden.

Trotz der Entscheidung des Gerichts drohen Frankreich nun aber Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe, da Schuepbach von französischen Behörden zunächst Explorationsgenehmigungen für Frackingprojekte erhalten hatte und diese erst 2011 widerrufen wurden. [bv]

- ▶ www.klimaretter.info/politik/nachricht/14776

Zugang zu Gerichten

EU verklagt Deutschland

■ Die EU-Kommission hat Deutschland im Oktober vor dem Gerichtshof der Europäischen Union wegen einer Lücke in den Rechtsvorschriften beim Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten verklagt. In Deutschland entsprächen die Gesetze über den Zugang zur Justiz bei Entscheidungen im Umweltbereich nicht den europäischen Standards, hieß es in der Begründung. Die Kommission stellte Mängel beim Zugang zur Justiz für Einzelpersonen und NGOs fest, insbesondere in Fällen, die auf der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei geplanten Projekten (UVP-RL) oder der Richtlinie zur Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung durch industrielle Emissionen (IVU-RL) basieren. Bereits im April hatte die Kommission in dem Vertragsverletzungsverfahren der Bundesregierung eine Stellungnahme zu diesem Problem übermittelt.

Nach Auffassung der Umweltverbände ist die im deutschen Planungsrecht verankerte Präklusionshürde eine europarechtswidrige Beschränkung der gerichtlichen Kontrolle. Präklusionsvorschriften verpflichten Bürger, bei der Planung eines umweltrelevanten Vorhabens Einwendungen innerhalb einer Frist von zumeist zwei Wochen nach der öffentlichen Auslegung

Nachhaltigkeit

A-Z

A wie
Analyse

Was kostet ein Nationalpark? Oder bringt er sogar Geld ein? An diesen Fragen entzündeten sich immer wieder heftige Debatten von Kritikern und Befürwortern. Marius Mayer gibt Antworten, seine Kosten-Nutzen-Analyse fällt unter dem Strich positiv für den Nationalpark aus. Und er stellt fest: Ein Nationalpark spiegelt immer gesellschaftliche Werturteile wider.

Marius Mayer

Kosten und Nutzen des Nationalparks Bayerischer Wald

Eine ökonomische Bewertung unter Berücksichtigung von Tourismus und Forstwirtschaft

580 Seiten, broschiert, 44,95 Euro, ISBN 978-3-86581-451-7

Erhältlich bei

www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


Die guten Seiten der Zukunft

der Planunterlagen zu erheben. Nach Ablauf der Frist sind alle weiteren Einwendungen ausgeschlossen und den Bürgern stehen keine klagefähigen Rechtspositionen mehr zu. [lr, bv]

► www.europa.eu/rapid (Reference IP/13/967)

VERKEHR & TOURISMUS

Luftverkehr

Flugzeuge müssen nicht mit ihren Abgasen handeln

■ Die Luftfahrtorganisation der UNO (International Civil Aviation Organization, ICAO) hat auf ihrer Vollversammlung Anfang Oktober gegen die Pläne der Europäischen Union gestimmt, den Luftverkehr in den Emissionshandel aufzunehmen. Die Mitglieder einigten sich lediglich darauf, bis 2016 ein marktbasierendes System für Verschmutzungsrechte zu entwickeln und dieses bis 2020 einzuführen.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den USA, Russland, Brasilien, Indien, China und mehreren afrikanischen Staaten stimmten mehrheitlich dafür, Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen durch den Flugverkehr nur unter gegenseitigem Einverständnis aller betroffenen Länder einzuführen.

Viele Beobachterinnen und Beobachter sehen in den Verhandlungen eine Niederlage für die EU, denn so kann der Emissionshandel nur für Flüge innerhalb der EU angewendet werden. Bei der Versammlung sei auch kaum über Möglichkeiten gesprochen worden, wie man in den nächsten drei Jahren ein solches System entwickeln will.

So kritisierte Bill Hemmings von der europäischen Umweltorganisation Transport and Environment (T&E), die ICAO-Delegierten seien mehr daran interessiert, sich ihrer Verantwortung zu entziehen, als das Klima zu schützen. Europa müsse nun sein eigenes regiona-

les System fortführen – das einzige, das tatsächlich Treibhausgase im Flugverkehr reduziere. Die Europäische Union hatte schon 2008 beschlossen, ab 2012 Emissionen für alle in der EU startenden und landenden Flüge zu handeln.

Mitte Oktober reagierte die EU-Kommission auf den Beschluss der Vollversammlung der ICAO. Diese hatte vorgeschlagen, dass Fluglinien im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems ETS nur noch für die über Europa geflogenen Strecken zahlen sollen. Die Airlines müssten somit nur für etwa 35 Prozent ihrer Emissionen aufkommen. Bisher sind außereuropäische Fluglinien bis Ende des Jahres von Zahlungen im Rahmen des EU-Emissionshandels befreit. Der Kommissionsvorschlag soll von 2014 bis 2020 gelten. Danach sollen die Regelungen des ICAO übernommen werden.

Umweltschützerinnen und Umweltschützer kritisieren die Entwicklung. „Das ist ein grauer Tag für das Klima und diejenigen, die sich ernsthaft darum bemühen, den schnell wachsenden Beitrag des Flugverkehrs zur Erderwärmung zu reduzieren. Es ist schändlich, dass das Ausland und die Industrie Europa gezwungen haben, seinen Emissionshandel auf ein absolutes Minimum zu reduzieren“, sagte Bill Hemmings. Das Europäische Parlament und der Ministerrat müssen nun über den Vorschlag der EU-Kommission abstimmen. [vm, ej]

► Mitteilung der Kommission:

www.kurzlink.de/pmecicao

► Stellungnahmen T&E:

www.kurzlink.de/pmteicao1

www.kurzlink.de/pmteicao2

Pkw-Abgasnormen

Deutschland blockiert und verhindert

■ Deutschland hat es zum dritten Mal geschafft, die Abstimmung in der EU über den vereinbarten Kompromiss für CO₂-Obergrenzen von Neuwagen zu verschie-

ben. Auf der letzten Abstimmung Anfang Oktober konnte keine qualifizierte Mehrheit zugunsten des Kompromisses erzielt werden, den EU-Parlament, EU-Kommission und EU-Rat bereits im Juni getroffen hatten. Um die Treibhausgasemissionen zu senken, sieht dieser vor, für 2020 eine CO₂-Obergrenze von 95 Gramm je Kilometer für Neuwagen einzuführen.

Nachdem die Abstimmung erneut aufgeschoben wurde, konnte auch der Umweltministerrat Mitte Oktober keine politische Lösung finden. Dort hatte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) weitere Abstriche bei den Grenzwerten forciert und den Kompromiss wieder scheitern lassen.

Deutschland will nun, dass bis 2020 lediglich 80 Prozent der Neuwagen in die Berechnung des Durchschnittswertes fallen. In Fünf-Prozent-Schritten solle die Zahl jährlich erhöht werden, um 2024 für alle Autos zu gelten. Sieben Mitgliedstaaten unterstützen Deutschlands Position. Darunter sind Polen, Großbritannien, Ungarn, Portugal und Tschechien. In diesen Ländern haben deutsche Autohersteller Produktionsstätten. Seit Monaten versucht Deutschland mit allen Mitteln, den Kompromiss zu kippen und Vorteile für die großen Autohersteller BMW und Daimler durchzusetzen.

Im Oktober wurde bekannt, dass die CDU von Mitgliedern der Familie Quandt, maßgeblichen Anteilseignern von BMW, Parteispenden von insgesamt 690.000 Euro erhalten hatte. Einen Zusammenhang mit der Blockadehaltung bei den Abgasgrenzwerten bestreiten sowohl die Spender als auch die CDU.

Mit Empörung reagierten Umweltverbände und Opposition: „690.000 Euro für vier weitere Jahre höhere CO₂-Emissionen bei Pkws. So könnte man die gerade bekannt gewordenen Spenden der Familie Quandt an die CDU zusammenfassen. Mit Demokratie hat solch offensichtlich gekaufte Politik nichts zu tun“, sagte Sabine Wils, Abgeordnete der Linken im Europaparlament. „Mit ihrem Vorgehen zerstört die Bundesregierung Deutschlands Glaubwürdigkeit in Sachen Klima-

Verkehrspolitik konterkariert Klimaschutz

Ambitionierte CO₂-Grenzwerte für Pkws sind eines der effektivsten Instrumente, um den Ausstoß von Treibhausgasen im Verkehr zu verringern und gleichzeitig den Spritverbrauch zu senken. Der Verkehr gehört nach wie vor zum Sorgenkind der europäischen Klimaschutzpolitik. Während in allen anderen Sektoren die Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren verringert wurden, sind sie im Verkehrsbereich gestiegen. Deswegen ist es konsequent, dass die EU Grenzwerte einführt, denn diese führen zu weniger CO₂ und weniger Spritkosten.

Das Vorgehen der Bundesregierung ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Erstens hat Deutschland sich bei seinen Verhandlungspartnern in der EU nicht gerade beliebt gemacht, dadurch, dass man versuchte einen bereits ausgehandelten Kompromiss wiederaufzukündigen. Die ewigen Verschiebungen wichtiger Abstimmungen dienen und dienen ja nur dem Zweck das bisher Beschlossene im Sinne der deutschen Autoindustrie noch mal aufzuweichen.

Zweitens gerät der Umweltminister in Erklärungsnot, wenn er auf ein- und demselben Treffen seiner Amtskollegen morgens mehr Engagement im Klimaschutz fordert und nachmittags eine Verschiebung der Kli-

mauversagen für Autos von 2020 auf 2024. Denn die sogenannte gestaffelte Einführung der CO₂-Grenzwerte ist nichts anderes als ein nettes Wort für Verschiebung. Und die Würde – so sagte Dänemark in der Debatte zum Thema – zu einem Mehrausstoß von 200 Millionen Tonnen CO₂ führen.

Drittens möchte man brennend gerne wissen, was die Bundesregierung den anderen Ländern versprochen hat, damit sie die Position Deutschlands unterstützen. Besonders unangenehm ist der Gedanke, dass Angela Merkel sich die Unterstützung Großbritanniens mit Entgegenkommen bei den Banker-Boni gesichert hat. Da erkaufte man sich die Zustimmung für eine unverantwortliche Idee in der Umweltpolitik mit einer unverantwortlichen Idee in der Finanzpolitik. Das Nachsehen haben die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Kerstin Meyer ist Referentin für Verkehrspolitik beim Verkehrsclub Deutschland (VCD).

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 280351-407,
E-Mail: kerstin.meyer@vcd.org**

schutz. Wir beobachten gerade, wie die Kanzlerin und ihr Umweltminister das wichtigste klimapolitische Instrument im Verkehrsbereich vor den Augen der Welt demontieren“, kritisierte Leif Miller, Geschäftsführer des Naturschutzbundes Deutschland (NABU).

Allein die Umsetzung des bestehenden Kompromisses von 2020 auf 2024 zu verzögern, würde über den Lebenszyklus der Neuwagen zusätzliche Emissionen von 200 Millionen Tonnen Kohlendioxid verursachen. [vm, ej]

- ▶ EU-Kommission zu CO₂-Obergrenzen: www.ec.europa.eu/clima/policies/transport/vehicles/cars/index_en.htm
- ▶ Stellungnahme Sabine Wils: www.kurzlink.de/wilscobmw
- ▶ Stellungnahmen NABU: www.kurzlink.de/Nabuco2pkw

WASSER & MEERE

Arktis

ÖlbohrungskritikerInnen im Gefängnis

■ 30 AktivistInnen der internationalen Umweltorganisation Greenpeace sind seit Ende September in Russland in Untersuchungshaft, nachdem sie bei einer Blockadeaktion in der Arktis von russischem Grenzschutz verhaftet wurden. Russland wirft den Umweltschützern unter anderem Piraterie und Terrorismus vor und hat eine Freilassung Einzelner gegen Kautionszahlung bis Redaktionsschluss abgelehnt.

Die AktivistInnen hatten sich während einer Protestaktion gegen Testbohrungen

einer Ölplattform genähert. Darüber, wie nahe sie der Plattform gekommen waren, gehen die Darstellungen auseinander. Russland behauptet, die UmweltschützerInnen seien in die 500-Meter-Bannmeile um die Plattform eingedrungen. Nach Angaben von Greenpeace befand sich das Schiff der AktivistInnen hingegen drei Seemeilen von der Ölplattform entfernt, als es vom russischen Grenzschutz geentert wurde.

Die Inhaftierung hat eine weltweite Protest- und Solidaritätswelle hervorgerufen. Die Niederlande, wo sich der Hauptsitz von Greenpeace International befindet, haben ein internationales Schiedsgerichtsverfahren auf Basis der UN-Seerechtskonvention eingeleitet. [am]

► www.greenpeace.org

Klimawandel

Arktiseis schmilzt 2013 ein bisschen weniger

■ Der kontinuierliche Rückgang des Packeises in der Arktis hat sich vorerst verzögert. Das berichteten Wissenschaftler vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung und der Universität Hamburg im September. Für dieses Jahr sei kein weiterer Negativrekord zu erwarten. Für die Klimaforscher ist dies aber kein Grund zur Entwarnung. Auch wenn die Eismassen dieses Jahr weniger stark geschmolzen seien als in den letzten Jahren, sei der Trend zur Erwärmung ungebrochen. Es sei normal, dass auf einen Negativrekord eine Erholung folgt, heißt es in einer Mitteilung des Instituts. Die beobachtete Eisbedeckung reihe sich in die niedrigen Werte der letzten Jahre ein und bestätige die langfristige Abnahme der arktischen Meereisdecke.

Weiterhin stellten die Wissenschaftler fest, dass sich die Grenze des Packeises – also Eis, das sich über mehrere Jahre bildet – dieses Jahr so weit zurückzog wie noch nie zuvor seit Beginn der Aufzeichnungen. Diese Phänomene würden belegen, dass sich die arktische Eisdecke grund-

legend gewandelt habe: Dort wo einst dickes mehrjähriges Packeis vorherrschte, finde sich nun vorwiegend saisonales Eis, so die Polarforscher. [am]

► www.kurzlink.de/arkt-eis-awi-0913

EU-Fischerei

Fangquoten für Ostsee

■ Die EU-FischereiministerInnen haben Mitte Oktober über die Quoten für den Fischfang in der Ostsee für 2014 verhandelt. Es ging um Bestände von Lachs, Hering, Dorsch, Sprotte und Scholle.

Im Großen und Ganzen folgte der Fischereirat den Vorschlägen der EU-Kommission. Untypisch für Quotenverhandlungen war, dass die MinisterInnen in mehreren Fällen eine Quote verabschiedeten, die leicht unter dem Vorschlag der EU-Kommission lag. So erhöhten sie zwar die Fangquoten für die Heringsbestände in der östlichen Ostsee und am Bottnischen Meerbusen, aber weniger stark als von der Kommission als vertretbar angesehen.

Der WWF kritisierte die Fangquoten für Ostseelachs. Der Vorschlag der Kommission widerspreche den wissenschaftlichen Empfehlungen sowie den Zielen, auf die sich Rat und Parlament in der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik geeinigt hatten, heißt es in einer Mitteilung der Umweltstiftung. [am]

► Übersicht über einzelne Fangquoten (engl.):

www.kurzlink.de/cons-fis-balt-2014

► Reaktion WWF (engl.):

www.wwf.eu/?211451/Baltic-Salmon

EU-Wasserrahmenrichtlinie

Volle Kosten verlangt

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) will, dass die EuropäerInnen mehr Wasser sparen. Die in mehreren EU-Staaten gängige Praxis, Wasser unabhängig vom Verbrauch pauschal zu bepreisen oder kostenfrei zur Verfügung zu stellen, sei dabei hin-

derlich. In einer Studie zeigt die Agentur, dass VerbraucherInnen bis zu einem Drittel mehr Wasser verschwenden, wenn sie nicht nach Verbrauch zahlen müssen. Auch in Ländern mit großen Wasservorkommen und ausreichend Regen sei Wassersparen sinnvoll, weil die Trinkwasseraufbereitung weitere ökologische und ökonomische Kosten verursache, argumentieren die ExpertInnen. Die Wasserpreise sollen nach dem Willen der EEA die „wahren Kosten“ der Trinkwasseraufbereitung widerspiegeln und eine effiziente Nutzung anregen.

Die Studie ist Teil einer Evaluation der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Die WRRL sieht die Bepreisung von Wasserdienstleistungen vor. [am]

► EEA-Bericht: www.eea.europa.eu/publications/assessment-of-full-cost-recovery

Osteuropäische Flussauen

Übergreifendes Schutzgebiet vor Vergrößerung

■ Das grenzübergreifende UNESCO-Biosphärenreservat an Mur, Drau und Donau soll vergrößert werden. Serbien hat dazu Ende September einen Antrag zur Aufnahme der Flusslandschaften im kroatisch-serbischen Grenzgebiet bei der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur eingereicht. Die ungarischen und kroatischen Auenlandschaften sind bereits von der UNESCO geschützt. Die Entscheidung über die Aufnahme der serbischen Flusslandschaften wird nächstes Frühjahr fallen. Naturschutzorganisationen lobten den Vorstoß: „Die Initiative Serbiens ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg, die Naturparadiese an Mur, Drau und Donau dauerhaft zu erhalten. Jetzt sind Österreich und Slowenien am Zug, ihre wertvollen Naturgebiete ebenfalls in das gemeinsame Schutzgebiet einzubringen“, sagte Euronatur-Geschäftsführer Gabriel Schwaderer. [am]

► www.euronatur.org/5-Laender-Biosphaerenreservat.1166.0.html

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Freihandel EU–Singapur

Handelsweg frei

■ Ende September haben die Europäische Union und Singapur die Einigung auf ein Freihandelsabkommen bekannt gegeben. Nach dem Freihandelsabkommen mit Südkorea, das seit 2011 besteht, ist dies die zweite Vereinbarung der EU mit einem Land der Region Südostasiens. Die Verhandlungen laufen seit März 2010, nachdem die Hoffnungen der EU auf ein Abkommen mit allen zehn Staaten der Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN) vorerst gescheitert waren. Zurzeit befindet sich die EU mit drei weiteren ASEAN-Mitgliedern in Verhandlung – Malaysia, Vietnam und Thailand.

Die EU-Kommission beschreibt das Abkommen mit Singapur als das erste „grüne“ Freihandelsabkommen, da es sich an den Zielen der EU-Strategie 2020 orientiert. Außerdem ist ein Kapitel des Abkommens dem Handel und der nachhaltigen Entwicklung gewidmet. Umweltschutz, soziale Entwicklung und das nachhaltige Management von Wäldern und Fischerei sollen vorangebracht werden. Binnen fünf Jahren wird die EU nahezu alle Zölle ge-

genüber Singapur abbauen, während Singapur dies umgehend umsetzen wird.

Voraussichtlich Ende 2014 wird das Freihandelsabkommen in Kraft treten. Zunächst müssen die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament zustimmen. [lr]

► www.kurzlink.de/pm-eu-singapur

Freihandel EU–USA

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

■ Mitte Oktober sollte die zweite Verhandlungsrunde der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA (TTIP) stattfinden. Aufgrund der anhaltenden Haushaltssperre in den USA wurde die zweite Verhandlungsrunde verschoben.

EU-Handelskommissar Karel de Gucht betonte, dass der Aufschub der Verhandlungen nicht bedeute, dass die EU weniger an einem Abkommen interessiert sei. Umweltschutzorganisationen wie Friends of the Earth Europe (FoEE) riefen Entscheidungsträger dazu auf, den Aufschub als Bedenkzeit zu nutzen. Sie sollten sicherstellen, dass die Interessen von Bevölkerung und Umwelt Vorrang

vor Wirtschaftsinteressen erhalten. Trotz der Verschiebung begannen bereits die Spekulationen über mögliche Ergebnisse und Schwierigkeiten. Auf der Tagesordnung stand der Abbau von Zöllen, Regulierungszusammenarbeit, Gesetzgebung und eine Neukonzipierung der globalen Handelsregeln nach dem Scheitern der Doha-Runde, welche moderne Versorgungsketten, Dienstleistungen und die Internetwirtschaft einbeziehen soll.

Teil der Verhandlungen sollte auch eine Klausel zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Regierungen sein. Dieser Kommissionsvorschlag würde US-Firmen die Möglichkeit geben, europäische Gerichte zu umgehen und Regierungen direkt in internationalen Tribunalen zu belangen, wenn die Unternehmen den Eindruck haben, dass Gesetze über öffentliche Gesundheit, Umweltschutz oder soziale Sicherheit ihrem Recht, Geschäfte zu tätigen, im Weg stünden.

Pia Eberhard von der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory kritisierte den Vorstoß der EU-Kommission: „Politiker mögen glauben, dass sie im Interesse ‚ihrer‘ Investoren in Übersee handeln, aber tatsächlich liefern sie sich räuberischen Gerichtsverfahren von Unternehmen aus.“ Auch von US-amerikanischer Seite gibt es Kritik. So fordert der Sierra Club, eine der größten

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Strahlenbelastung

Vor lauter Begeisterung wird verdrängt, was eigentlich seit langem bekannt ist: Handys, Schnurlos-Telefone, WLAN und mobiles Internet verursachen eine Strahlenbelastung, von der wir alle täglich betroffen sind. Viele tausend Menschen in Deutschland macht das krank – und doch spricht kaum jemand offen darüber. Der Theologe und Publizist Werner Thiede gibt ausführlich Auskunft über die Risiken und Gefahren.

Werner Thiede
Mythos Mobilfunk
 Kritik der strahlenden Vernunft

302 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-404-3

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Umweltorganisationen der USA, dass eine derartige Klausel nicht Teil des TTIP sein sollte. Wann die zweite Verhandlungsrunde stattfinden wird, ist noch unklar. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/cor-eur-obs-bericht
- ▶ www.kurzlink.de/foee-tradetalkrisks

Investitionsabkommen EU-China

Verhandlungen beginnen bald

■ Mitte Oktober hat der Rat der Europäischen Union dem Mandat für die Verhandlungen über ein Investitionsabkommen mit China zugestimmt. Das Europäische Parlament lobte die bevorstehende Aufnahme der Verhandlungen mit China.

Die Grünen im EU-Parlament stimmten allerdings gegen die Resolution. Franziska Keller, handelspolitische Sprecherin der Fraktion Grüne/EFA im EU-Parlament erklärte: „Wir wollten verhindern, dass Investor-Staat-Klagen in das Abkommen aufgenommen werden. Diese Praxis ermöglicht es, dass ausländische Investoren nationale Gerichte umgehen und direkt vor internationalen Schiedsgerichten gegen Staaten klagen können, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt sehen.“

Eine ähnliche Klausel ist auch Gegenstand der Verhandlungen der EU mit den USA. Sie könnte es Unternehmen ermöglichen, Umwelt- oder Sozialgesetzgebungen anzugreifen. Das Abkommen wäre das erste bilaterale Investitionsabkommen der EU mit einem Drittstaat und würde die 26 bilateralen Investitionsabkommen von EU-Mitgliedstaaten mit China ersetzen. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/gruene-efa-pm-ttip

Ökodesign

Heizungsvorschriften schwächer als gedacht

■ Vertreterinnen und Vertreter der EU-Mitgliedstaaten haben sich auf neue Ökodesignvorschriften für Heizungen

und Warmwasserbereiter geeinigt. Die neuen Vorschriften betreffen die Energieeffizienz, das Speichervolumen sowie den Stickoxidausstoß der Geräte.

Wie der Umweltnachrichtendienst ENDS berichtet, stoßen die Ergebnisse der sechsjährigen Verhandlungen auf Kritik. So hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, elektrische Heizungen mit einem Warnhinweis zu versehen, der Verbraucher auf ihren hohen Energieverbrauch hinweist, und empfohlen, diese nicht als primäre Heizquelle zu verwenden. Von einigen Industriegruppen und Mitgliedstaaten zurückgewiesen, werden derartige Warnhinweise nur auf tragbaren elektrischen Heizungen zu finden sein. Auch weitere Standards, besonders im Bereich Energieeffizienz, wurden abgeschwächt.

Die Verordnungen für Heizungen und Warmwasserbereiter werden beide am 26. September 2015 in Kraft treten. Es gibt mittlerweile 21 produktspezifische Verordnungen, die auf der Ökodesignrichtlinie basieren. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/813-2013

Rohstoffe

Deponieverbot gefordert

■ Die Europäische Innovationspartnerschaft (EIP) für Rohstoffe setzt sich für ein Deponieverbot für recycelbare Abfälle wie beispielsweise Papier, Holz, Glas und Metall ein. Das geht aus dem strategischen Durchführungsplan hervor, den die Mitglieder der Expertengruppe Ende September angenommen haben.

Die Mitglieder der Rohstoff-EIP erwägen außerdem, die Müllverbrennung für ungetrennte und wiederverwertbare Abfälle zu verbieten. Darüber hinaus sollen auch ressourcenschonende Technologien gefördert und die Ökodesignrichtlinie an die Anforderungen der Ressourceneffizienz angepasst werden.

Im Rahmen der von der EU-Kommission ins Leben gerufenen Innovationspartnerschaft suchen EU-Umweltkommissar

Janez Potočnik, die Wirtschaftsminister aus Polen, Frankreich und Österreich sowie Forscher, nichtstaatliche Organisationen und VertreterInnen der europäischen Industrie Lösungen für die Rohstoffversorgung Europas. Hauptziel des Gremiums ist es, durch verbesserte Ressourceneffizienz und bessere Rohstofferschließung innerhalb der EU die Importabhängigkeit der EU-Staaten zu verringern. Auch die Förderung des europäischen Bergbaus steht auf dem Programm der Innovationspartnerschaft. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/umsetzung1
- ▶ www.kurzlink.de/umsetzung2

Rohstoffpolitik

Globale Gerechtigkeit erforderlich

■ Mitte Oktober hat die erste alternative Rohstoffwoche in Berlin stattgefunden, die mit einer Mischung aus Kunst, Film und Diskussion auf das Thema aufmerksam machte und nach Lösungen für eine bessere Rohstoffpolitik suchte. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechte nicht mehr unter der Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen leiden sollen. Klaus Seitz, Politikchef von Brot für die Welt, sagte: „Anstatt über Wege zur Rohstoffsicherung der Industrie zu diskutieren, muss die Senkung des inländischen Rohstoffverbrauchs auf ein global gerechtes Niveau das zentrale Ziel sein.“

Dies ist nur eins der Ziele, welche die Organisatoren der Woche in ihren Handlungsempfehlungen an die künftige Bundesregierung fordern. Das Netzwerk AK Rohstoffe sucht bereits seit 2008 Wege für eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik und besteht aus deutschen Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz einsetzen. [lr]

- ▶ www.alternative-rohstoffwoche.de

DNR INTERN

Generationengerechtigkeit

Jugendnetzwerk will Sprachrohr sein

■ Nach ihrem Vernetzungsworkshop im Oktober wollen die Vertreterinnen und Vertreter der Jugendorganisationen aus dem Umwelt- und Sozialbereich die gesammelten Themen in ihre Verbände tragen. Denn dort gibt es möglicherweise weitere Ressorts, die an einer Zusammenarbeit zu einem der Themen interessiert sein könnten. Der nächste Schritt wird sein herauszufinden, wie eine weitere Zusammenarbeit zu den ausgewählten Themen aussehen kann. Dazu zählen unter anderem thematische Folgetreffen, Informationsaustausch, Einladung zu Veranstaltungen.

Die Veranstalter des Workshops Theresa Klostermeyer vom Deutschen Naturschutzring (DNR) und Steffen Lembke von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) werden sich zusammen mit Jessica Fritz vom Jugendrotkreuz (JRK) um den Folgeprozess kümmern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer regten an, ein Treffen zwischen Haupt- und Jugendverbänden zu organisieren.

Zehn Topthemen kristallisierten sich heraus:

- ▶ Energiewende
- ▶ Lebensstile/Lebensqualität
- ▶ Umweltbildung- und -erziehung
- ▶ Umweltgerechtigkeit
- ▶ Klimawandel
- ▶ Ressourcen und Konsum
- ▶ Interne Kommunikation
- ▶ Neue Zielgruppen
- ▶ Methoden
- ▶ Artenschutz

Das Thema demografischer Wandel wird im Projekt Generationengerechtigkeit des DNR noch stärker berücksichtigt werden. [mbu]

- ▶ DNR, Projekt Generationengerechtigkeit, Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, E-Mail: theresa.klostermeyer@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ www.nachhaltigkeits-check.de

Verbändeforum

Europawahlen 2014 aus Umweltsicht

■ Um Chancen und Risiken der Wahl des neuen EU-Parlaments im kommenden Jahr geht es bei dem Workshop des DNR-Verbändeforums am 29. November. Die teilnehmenden Umweltverbände diskutieren über die Frage: Wie können wir den Wahlkampf nutzen, um umweltpolitische Forderungen bei künftigen EU-Abgeordneten zu platzieren und damit den Grundstein für ein gutes Netzwerk in der nächsten Legislaturperiode zu legen? Außerdem geht es darum, wie Wählerinnen und Wähler für den Urnengang am 25. Mai 2014 mobilisiert werden können.

Weitere Themen des Workshops sind die Aktivitäten der Verbände für Natur-, Tier- und Umweltschutz auf nationaler Ebene nach der Bundestagswahl sowie ein geplantes Kompetenzzentrum „Naturschutz und Energiewende“. Interessierte können sich noch bis zum 20. November anmelden. [mbu]

- ▶ DNR, Antje Mensen, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, E-Mail: antje.mensen@dnr.de, www.dnr.de

Koalitionsvereinbarungen 2013

DNR positioniert sich

■ Bis Dezember soll die neue Regierung der Bundesrepublik Deutschland stehen. An diesem ehrgeizigen Ziel arbeiten derzeit die Parteien der voraussichtlich künftigen Großen Koalition. Der Deutsche Naturschutzring hat vor den anstehenden Verhandlungen zur Regierungsbildung zwischen der CDU/CSU und der SPD Vorschläge für eine Koalitionsvereinbarung erarbeitet. Bei Redaktionsschluss lag lediglich ein Entwurf vor.

Das Papier ist auf Grundlage der DNR-Forderungen an Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2013 sowie des inzwischen erstellten Papieres der Umweltverbände zur Lärmschutzpolitik, Forderungen von DNR-Mitgliedsverbänden, vor allem des

Bundesverbands Beruflicher Naturschutz (BBN) zur biologischen Vielfalt und Formulierungen von DNR-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern erstellt worden. Es geht darin um die Themen biologische Vielfalt, Klimaschutz, Energiewende, nachhaltige Wirtschafts- und Finanz-, Steuer-, Mobilitäts- und Forschungspolitik, Bodenschutz, Berggesetz, Ressourcenschutz, Agrarpolitik, ländlicher Raum und Tier- sowie Lärmschutz. Weitere Informationen finden Sie auf der DNR-Website. [mbu]

- ▶ www.dnr.de/aktuell/bundestagswahl-2013/

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in regelmäßigen Abständen die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt. Den Auftakt bildeten die drei neuen Verbände, die im Dezember 2012 aufgenommen wurden. Danach werden die Portraits in alphabetischer Reihenfolge fortgesetzt.

Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur (DGGL)

■ Schon 1887 wurde die Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur (DGGL) gegründet. Das Forum ist auf Bundes- und Landesebene mit verschiedenen Arbeitskreisen und Ausschüssen tätig. Der Arbeitskreis Spielraum beschäftigt sich beispielsweise mit der planerischen und pädagogischen Erarbeitung zeitgemäßer Spielmodelle und Spielraumentwicklungskonzepte. Diese Konzepte sollen nicht nur Spielplätzen und Kindergärten zugute kommen, sondern auch dazu beitragen, dass die Kleinsten in der Stadtplanung berücksichtigt werden. Im Bereich der Gartendenkmalpflege sichert die Gesellschaft historische

Parks und Gärten und kümmert sich um deren Fortbestehen. Durch die Ulrich-Wolf-Studienspende und verschiedene Wettbewerbe, wie den offenen Ideenwettbewerb für Freianlagen zur Platzgestaltung im Neubaugebiet „Hollerstauden“, fördert die DGGL junge Landschaftsarchitekten. Außerdem gibt sie die Zeitschrift „Garten + Landschaft“ heraus. [vv]

- ▶ DGGL, Karin Glockmann, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 78713613, E-Mail: Bund@DGGL.org, <http://www.dggl.org/>

Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU)

■ Seit der Gründung 1983 setzt sich die DGU an Schulen für ein besseres Verständnis in Sachen Umweltbildung und -kommunikation ein. Zurzeit hat sie 90 Mitglieder. Die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung arbeitet hauptsächlich in Form von Seminaren, Veranstaltungen und Projekten. So nehmen derzeit mehr als 700 Schulen in acht Bundesländern an dem Projekt „Umweltschule in Europa – Internationale Agenda 21 Schule“ teil, womit die DGU um die 100.000 Schüler erreicht. Das Projekt „Umweltschule in Europa“ ist eine Ausschreibung der europäischen Umweltbildungsstiftung Foundation for Environmental Education (FEE). Es wurde langfristig für die Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Schulen geplant. Weltweit nehmen in mehr als 40 Staaten über 20.000 Schulen teil. [rm]

- ▶ Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU), Annegret Gülker, Schwerin, Tel. +49 (0)385 / 3993-184, E-Mail: umwelterziehung-schwerin@sn.imv.de, www.umwelterziehung.de

Deutsche Gesellschaft zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung – Agenda 21 (DGA)

■ Die Deutsche Gesellschaft zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung – Agenda 21 (DGA) ist seit 1997 bundesweit tätig. Sie unterstützt Forschung und Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet des Natur- und Umweltschutzes. Außerdem fördert die DGA zahlreiche Projekte im Bereich Ökopädagogik und Umweltschutz

und führt selbst verschiedene Projekte mit dem Bezug auf Umweltbildung durch. Zurzeit sind dies zwei Projekte, die bis Ende 2015 laufen. Einmal die „Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) und das Nachhaltigkeitsprojekt für Kinder und Erwachsene „Unsere Reise ins WALU-BO-Land“. [vv]

- ▶ DGA, Klemens Gieles, Mainaschaff, Tel. + 49 (0)621 / 449949-11, E-Mail: klemens.gieles@dga21.de, www.dga21.de

Entwicklungen der Freiwilligendienste“ in Berlin statt. Dort werden die ersten Ergebnisse der gemeinsamen Evaluation von Bundesfreiwilligendienst (BFD), Freiwilligem Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligem Ökologischen Jahr (FÖJ) vorgestellt. Zudem werden aktuelle Entwicklungen in den Freiwilligendiensten diskutiert. [mbu]

- ▶ www.bafza.de/aufgaben/freiwilligendienste/fachtagung-freiwillig-gestalten.html

EHRENAMT

Engagementpolitik

Jahrbuch 2014

■ „Engagement- und Demokratiep politik“ lautet das Schwerpunktthema des zweiten engagementpolitischen Jahrbuchs des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Engagementpolitik hat immer auch einen demokratischen Aspekt. In erster Linie geht es dabei um die gleichberechtigte Teilnahme der engagierten BürgerInnen an politischen Entscheidungsprozessen und um die Partizipation der organisierten Zivilgesellschaft mit ihren Träger- und Förderorganisationen im politischen System.

Das Jahrbuch dokumentiert auch die relevanten engagementpolitischen Ereignisse, Diskurse sowie die Aktivitäten im BBE. Zielgruppe sind alle, die sich beruflich oder ehrenamtlich mit Engagement- und Demokratiep politik befassen. [mbu]

- ▶ www.b-b-e.de/publikationen/publikationen-bbe-buchreihe/jahrbuch-engagementpolitik-2014

Freiwilligendienste

Evaluationsergebnisse

■ Am 18. und 19. November 2013 findet die Fachtagung „Freiwillig gestalten – erste Evaluationsergebnisse und aktuelle

EU-Förderung

Geld für Engagement und Partizipation

■ EU-Förderprogramme tragen dazu bei, dass sich BürgerInnen jeden Alters grenzübergreifend austauschen und mit ihren Anliegen zu europaweit relevanten Themen vernetzen können. Damit stellen sie Instrumente für die Erprobung, Einübung sowie den Ausbau von Partizipation in Europa dar. Ist dies nur Wunschdenken?

Im November 2013 informiert eine Fachveranstaltung in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin über die künftige Generation der EU-Programme „Jugend in Aktion“, „Grundtvig“ und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Zudem bietet sie eine Plattform für den Austausch zwischen VertreterInnen des EU-Parlaments, der EU-Kommission, europäischen Organisationen und Projektträgern sowie FörderexpertInnen über Engagementförderung und Partizipationsmöglichkeiten in Europa.

Die Veranstalter sind die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und die Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EfBB) in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sowie unterstützt vom Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD). [mbu]

- ▶ www.b-b-e.de/themen/europa1/europaeische-projekte-des-bbe/eu-foerderung-fuer-engagement-und-partizipation-in-europa/

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

EuroNatur-Preis 2013

Biodiversität als Lebensaufgabe

■ Am 9. Oktober erhielt der Schweizer Forstingenieur und Ökologe Mario Broggi den diesjährigen EuroNatur-Preis. Nominert wurde er wegen seiner bedeutenden Arbeit für Europas Buchenurwälder. So setzte er sich für die Auszeichnung wichtiger Buchenbestände in der Slowakei und der Ukraine als Weltnaturerbe ein. Sein ökologisches Engagement reicht jedoch über die Buchenwälder hinaus. Beispielsweise trug er von 1983 bis 1992 als Präsident der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA zum Zustandekommen der Alpenkonvention bei. Broggi hat sich den Erhalt der Biodiversität zur Lebensaufgabe gemacht.

Seit 1992 wird der EuroNatur-Preis von der Stiftung EuroNatur an Persönlichkeiten verliehen, die sich privat oder im Rahmen ihrer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Tätigkeit für den Naturschutz engagieren. [rm]

► www.kurzlink.de/euronaturpreis2013

Deutscher Tierschutzpreis

Tierrettung wird anerkannt

■ Am 15. Oktober wurde zum neunten Mal der Deutsche Tierschutzpreis verliehen. Der erste Preis ging dieses Jahr an das Marion-Dönhoff-Gymnasium aus Nienburg. Die Schüler der Tierschutz-AG arbeiten im nahe gelegenen Tierheim, reinigen die Käfige und führen Hunde aus. Den zweiten Platz belegte Markus Raabe, Vorsitzender im Verein Equivent Hilfe, der sich für rumänische Arbeitspferde einsetzt. Den dritten Preis erhielt Christian Söder für seinen Einsatz für Fledermäuse. Er kartierte, kontrollierte und säuberte verschiedene Fledermausquartiere in Kitzingen.

Zum vierten Mal wurde der Preis für das Lebenswerk vergeben. Die Tierschützerin Hildegard Miedel erhielt ihn für ihren in den 80er-Jahren gegründeten Streichelzoo Arche Noah Meerbusch. Zum zweiten Mal wurde der Preis im Bereich Tierrettung vergeben. Ihn erhielten die zehn Tierheime, die im Sommer am schlimmsten vom Hochwasser betroffen waren. Mit dem Preis sollten die Helfer geehrt werden, die unter extremen Bedingungen Tierleben gerettet haben.

Der Deutsche Tierschutzpreis wird jährlich von dem Deutschen Tierschutzbund, der Zeitschrift Funkuhr, Pedigree

und Whiskas vergeben. Er ist mit insgesamt 7.000 Euro dotiert. [rm]

► www.kurzlink.de/d.tierschutzpreis-13

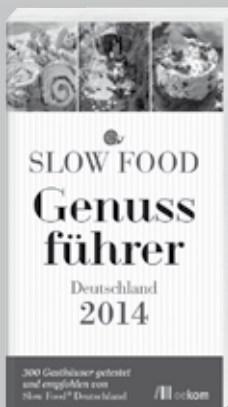
Nachhaltigkeitspreis Lammsbräu

Bewerbungsstart für Initiativen

■ Ab sofort können sich Menschen und Organisationen, die sich für eine lebenswerte Zukunft einsetzen, um den Nachhaltigkeitspreis der Brauerei Neumarkter Lammsbräu bewerben. Die Frist endet am 31. März 2014.

Mit dem Preis will Lammsbräu Einzelpersonen, Verbände, Unternehmen oder Medienschaffende ehren, die sich in Projekten oder ihrer Arbeit für Nachhaltigkeit engagieren. Der Preis wird seit mehr als zehn Jahren vergeben. Lammsbräu selbst hat sich mit zahlreichen Projekten für den Umweltschutz verdient gemacht. Dazu gehören die Initiative „Fair zum Bauern“, das Manifest „Bier ohne Gentechnik“, überhaupt das erste Biobier, Förderung des Ökolandbaus und eine Kampagne zur Sicherung der Wasserqualität. [mbu]

► www.lammsbraeu.de

**Mit allen Sinnen genießen**

Gibt es sie noch, die Gasthäuser, die sich der regionalen Küche verschrieben haben? Welcher Wirt verwendet nur frische Zutaten und verzichtet auf den Griff ins Convenience-Regal? Der »Slow Food Genussführer Deutschland« ist der perfekte Begleiter zu 300 Gasthäusern, die sich der authentischen Küche ihrer jeweiligen Region verpflichtet fühlen. Getestet haben nicht einige wenige professionelle Gastro-Kritiker, sondern rund 400 Mitglieder aus den regionalen Einheiten (Convivien) von Slow Food Deutschland – Crowdsourcing at its best!

Slow Food Deutschland e.V. (Hrsg.)

Slow Food Genussführer Deutschland 2014

344 Seiten, Broschur, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-428-9
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



TERMINE

NOVEMBER

08.–10.11.,
Wiesenfelden (D)

**Wider die
Gleichgültigkeit
gegenüber dem Leben.
Zur Aktualität der Ethik**

von **Albert Schweitzer**. Tagung

► Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden,
Tel. +49 (0)9966 / 71270,
E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de,
www.kurzlink.de/albertschweitzer1113

08.–10.11., Tutzing (D)

Erfolgreiche Wege zur großen Transformation.

Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Susanna Satzger,
Tel. +49 (0)8158 / 251126,
E-Mail: satzger@ev-akademie-tutzing.de,
web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576
&lfdnr=1981&part=detail

12.11., Tutzing (D)

Zukunft Mensch. Vortrag mit Diskussion

► Evangelische Akademie Tutzing, Isabelle
Holzmann, Tel. +49 (0)8158 / 251-121,
E-Mail: holzmann@ev-akademie-tutzing.de,
web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576
&lfdnr=1982&part=detail

12.–13.11, Schneverdingen (D)

Fördermöglichkeiten für Naturschutzprojekte.

Vertiefungsseminar

► www.kurzlink.de/nna-tg-foerder112013

13.11., Hamburg (D)

**Gentechnik auf dem Teller und im Futtertrog: Was
kommt auf uns zu?** Vortrag

► www.hh-genfrei.de

11.–22.11., Warschau (PL)

**19. UN-Klimakonferenz (COP19) Fortsetzung der
Verhandlungen zu einem Weltklimavertrag**

► United Nations Framework Convention on Climate
Change, Tel. +49 (0)228 / 8151000,
E-Mail: sekretariat@unfccc.int,
www.kurzlink.de/unfccc-cop19-pl

16.–19.11., München (D)

Wandel der Gesellschaft. Wandel der Welt.

13. Münchner Wissenschaftstage
► Münchner Wissenschaftstage e.V.,

Tel. +49 (0)89 / 30610017,
E-Mail: info@muenchner-wissenschaftstage.de,
www.muenchner-wissenschaftstage.de

20.11., Berlin (D)

**Zu gut für die Tonne! Erfahrungsaustausch mit
Musterkommunen.** Workshop

► Forschungszentrum Jülich, Projektträger Jülich
(PtJ), Dr. Jean-François Renault, Tel. +49 (0)30 /
20199476, E-Mail: j.f.renault@fz-juelich.de,
www.zugutfuertonne.de/fileadmin/Neuigkeiten/
Termine/Workshop-Programm.pdf

21.11., Berlin (D)

**Geschäftsmodell Nachhaltigkeit. Wirtschaft und
Wirtschaftsförderung in der Transformation.**

Jahrestagung des IÖW

► www.kurzlink.de/ioew-jahrestg-2013

22.–24.11., Göttingen (D)

**Nachhaltigkeit – Verantwortung für eine
begrenzte Welt.** Konferenz

► Georg-August-Universität Göttingen, Vereinigung
Deutscher Wissenschaftler (VDW), Regina Lange,
Tel. +49 (0)551 / 3920329,
E-Mail: pressestelle@uni-goettingen.de,
www.uni-goettingen.de/de/435458.html

25.–28.11., Vilm (D)

**Naturschutz – ein aktuelles Themen- und
Aktionsfeld der rechtsradikalen Szene.** Tagung

► Bundesamt für Naturschutz, Norbert Wiersbinski,
Tel. +49 (0)38301 / 86 111, E-Mail: norbert.
wiersbinski@bf-n-vilm.de, Evangelische Akademie
der Nordkirche, Klaus-Dieter Kaiser, Tel. +49 (0)381 /
2522430, E-Mail: rostock@akademie.nordkirche.de,
www.kurzlink.de/bfn-vilm-tg-25-11-13

26.11., Berlin (D)

**25 Jahre Carsharing – neue Ideen, neue
Dynamiken.** Tagung

► www.vcd.org

28.11., Wuppertal (D)

**Stadtwandel als Chance für Klima, Umwelt,
Gesundheit und Lebensqualität.** Fachtagung

► stadtwandel.wupperinst.org

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell November 2013
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband
der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände
(DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49
(0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V.,
Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-
munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,
Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,
www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwort-
lich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, ver-
antw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh],
Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Men-
sen [am], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionelle Mitarbeit:**
Valerie Müller [vm], Valentina Voß [vv], Robert Multrus
[rm], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD].
ökopädNEWS: siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr.
19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582,
E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.
Fotos: DLR (Titel), © Wolfgang Wynands (S.7). **Grafik/
DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck +
Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt
auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/
Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime
Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen,
Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail:
oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München,
Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de
Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von
Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-
tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungs-
weise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-
terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Ge-
währ für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit
der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.
Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht
mit denen der Förderer übereinstimmen.



Schulen

Leuchttürme für den Klimaschutz

Kommunen sind die bürgernächste politische Handlungsebene und Experimentierraum für Nachhaltigkeitsmaßnahmen. Klimaschutz und die Anpassung an unabwendbare Folgen des Klimawandels sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Gerade Energiesparmodelle für Schulen haben für den kommunalen Klimaschutz einen mehrfachen Wert.

□ Die Bundesregierung hat sich national und international zu konsequentem Klimaschutz verpflichtet und will sich an ihren Klimaschutzziele messen lassen. Um diese zu erreichen, haben insbesondere die Kommunen einen hohen Stellenwert. Durch integrierte Handlungskonzepte soll der kommunale Klimaschutz gelingen – das umfasst immer auch die Handlungsfelder Bildung, Beratung und Information. In der Tat haben Schulen, Kitas und andere öffentliche Bildungs- und Kultureinrichtungen besonders hohe Einsparpotenziale bei Treibhausgasen und Energie.

Darüber hinaus haben diese Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft eine starke multiplikatorische Wirkung. Für die Klimaschutzakteure in den städtischen Verwaltungen gelten sie als Leuchttürme auf dem Weg in eine CO₂-neutrale Gesellschaft. Insbesondere Schulen sind Laboratorien für tragfähige, nachhaltige Lebensstile von morgen. „Letztendlich stellt sich die Frage, wie weit man die Themen (Energie und Klima, Anm. d. A.) miteinander vernetzt“, erklärt ein kommunaler Energiemanager und zeigt damit eine der didaktischen Herausforderungen des Lernfelds auf.

BNE und kommunaler Klimaschutz

Vielorts arbeiten BNE-Akteure lokal und regional bereits seit Jahren erfolgreich mit der kommunalen Verwaltung zusammen, wenn Energie und Klima als Lern- und Handlungsfeld für Schulen aufgegriffen werden. Als Bildungspartner schaffen sie eine Vielzahl von BNE- und Umweltbildungsangeboten. Die Palette reicht von Lernwerkstätten und Projektwochen über Aktivitäten mit Praxispartnern wie beispielsweise den kommunalen Energieversorgern, Verkehrs- oder Entsorgungsbetrieben, bis hin zu Lehrerfortbildungen.

Die vielseitigen außerschulischen BNE-Angebote geben Lehrkräften an Schulen Rückhalt in einem komplexen, universellen und spannenden, aber auch dynamischen und von Unsicherheiten durchsetzten Lernfeld. Die in schulischer Energie- und Klimabildung erfahrenen BNE-Partner helfen dabei, Kontinuität in die kommunalen Klimaschutzaktivitäten in Schulen und Kitas zu tragen. Das zeigt sich gerade in Kommunen, die im Klimaschutz fortgeschritten sind und über BNE-Akteure mit etablierten Angeboten verfügen.

THEMENHEFT BILDUNG UND KLIMASCHUTZ

Etablierte Praxis

In den vergangenen 20 Jahren hat sich in vielen Kommunen bundesweit das Projektmodell fifty-fifty etabliert, um Schulen Anreize zum Energiesparen zu geben. Der Schulträger zahlt dann 50 Prozent der eingesparten Energiekosten an die beteiligten Schulen aus. Zusätzlich können sich die Kommunen dazu verpflichten, die andere Hälfte der zurückbehaltenen Kosten in den Klimaschutz zu investieren.

In einigen Fifty-fifty-Modellen werden Teile der Gelder auch als Prämie an die Hausmeister ausgeschüttet. Sie sind die technischen Schlüsselpartner für energieaktive Schulklassen und Energiespar-AGs, die das Schulgebäude energetisch pflegen und dabei als Lerngegenstand erschließen. Entschließen sich sowohl die Kommunen als auch die SchülerInnen, ihre Gelder in Klima- und Energieprojekte zu stecken, schaffen pädagogische Bildungsprojekte in Schulen mit bis zu 100 Prozent der eingesparten Mittel zusätzliche Beiträge für den kommunalen Klimaschutz.

Aktivitätsorientierte Prämienmodelle

Weiterhin ist es wichtig, den SchülerInnen den Wert des sparsamen Umgangs mit Energie zu vermitteln. Auch wenn das Gebäude bereits durch Maßnahmen zur Verbesserung der Gebäudeeffizienz umgerüstet wurde, wie etwa eine gesteigerte Energieeffizienz durch effektive Wärmedämmung, so können die Gebäudenutzer über den technischen Fortschritt hinaus durch ihr Verhalten zur Energieeinsparung beitragen.

Dann bietet sich ein aktivitätsorientiertes Anreizmodell für Schulen und Kommunen an. Es stuft Prämien anhand der Aktivitätsgrade der Schulgemeinschaften ab. Diese Orientierung fordert die Lehrenden und Lernenden zu Themenvielfalt auf und begünstigt die Mitgestaltung des eigenen Lernprozesses. Von der einfachen Mitwirkung in Energiesparteamen über die Thematisierung im Regelunterricht durch Unterrichtseinheiten und Projekte bis hin zu Aktivitäten außerhalb der Schule sind verschiedene Abstufungen denkbar. Das bietet LehrerInnen zugleich unterschiedlichste Anknüpfungsmöglichkeiten an den Regelunterricht. Das Hinterfragen von vorhandenem Wissen, das kritische Erlernen wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse, Wissenstransfer durch selbst gesteuertes Lernen sowie Empathie und Kreativität bilden didaktische Wegmarken, anhand derer alle schulischen Energiesparprojekte Handlungs- und Praxisorientierung entfalten. Auch kleine Beiträge wie gemeinsam angeschaffte und gepflegte Hydropflanzen zur Verbesserung der Raumluft sind alltagsnahe Anpassungsbeiträge in der Klimazone Schulraum.

Olaf Rother,
Diplom-Politologe und ehemaliger Mitarbeiter des
ANU Bundesverbandes e.V.

BLICKPUNKT

Augsburg vernetzt

Die Stadt Augsburg engagiert sich schon seit den 1990er-Jahren für den Klimaschutz. Gerade in den Bereichen Bildung, Klima und Energie haben sich dank Kooperationen verschiedener Akteure in den letzten zehn Jahren viele neue Projekte und Arbeitsansätze entwickelt.

Das Öko-Schulprogramm (ÖSP) des kommunalen Energiemanagements im Hochbauamt der Stadt Augsburg leistet seit vielen Jahren einen erfolgreichen Beitrag zu Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen an städtischen Schulen. Dennoch fehlte dem Programm lange Zeit die notwendige pädagogische Expertise, die von vielen teilnehmenden Schulen eingefordert wurde. „Wir brauchten jemanden, der selbst organisiert ist, mit Zugang zu eigenen Ressourcen und Akteuren“, erklärt Matthias Löw, Mitarbeiter im kommunalen Energiemanagement der Stadt Augsburg, „die Umweltstation Augsburg erfüllt diese Anforderungen perfekt.“

Die Kooperation zwischen dem ÖSP, das als Prämienmodell an klassische Fifty-fifty-Modelle angelehnt ist, und der Augsburger Umweltstation hat so neue Dynamiken geschaffen und konnte wieder mehr Schulen für den Klimaschutz erreichen. „Die Umweltstation hat mit ihrem pädagogischen Know-how andere Herangehensweisen und eine andere Sicht der Dinge – für die Kooperation mit den Lehrerinnen und Lehrern ist das Gold wert“, findet Matthias Löw. Aber auch darüber hinaus bringt die Kooperation ungeahnte Vorteile: Im Augsburger Programm „Klimaschutz im Kindergarten KLIK“ stellte sich beispielsweise heraus, dass eine Kita zu einem sehr hohen Prozentsatz polnischsprachige Kinder betreut. „Im Netzwerk der Umweltstation Augsburg gibt es aber Leute, die polnisch sprechen. Plötzlich hat man mit der Partnerschaft ein Plus für die Verankerung des Themas erreicht“, erinnert sich Löw. Unter dem Strich sei der Aktionsradius des ÖSP durch die Kooperation größer geworden. „Wir hätten gar nicht so viele Institutionen und Akteure ansprechen können. Das sind ganz konkrete Ressourcen, die wir ohne die Kooperation nicht erschlossen hätten“, erklärt der Energiemanager.

Das 2009 gegründete Prima-Klima-Netzwerk ist ein weiteres Ergebnis dieser Kooperationsprozesse und verdeutlicht beispielhaft den Mehrwert eines vernetzten Vorgehens. Prima Klima ist ein Umweltbildungsprojekt der Umweltstation Augsburg und dem Netzwerk Augsburg für Naturschutz und Umweltbildung NANU! zu

den Themen Energie, Klima- und Ressourcenschutz. Das Projekt wurde in Kooperation mit dem kommunalen Energiemanagement der Stadt Augsburg im Rahmen der Lokalen Agenda entwickelt. Heute verbindet Prima Klima zahlreiche Aktive aus Vereinen, Bildung und Wirtschaft. So engagieren sich LehrerInnen, MitarbeiterInnen und Studierende der Universität Augsburg, MitarbeiterInnen der Stadtwerke, der Handwerkskammer, des kommunalen Energiemanagements, Akteure des NANU! und des Jungen Theaters gemeinsam für eine nachhaltige Bildung für Energie und Klimaschutz. Das Prima-Klima-Netzwerk ist zugleich ein Forum im Prozess der Lokalen Agenda 21.

Neben dem Fifty-fifty-Projektmodell bietet das Netzwerk Bildungseinrichtungen in Augsburg und Umgebung ein vielfältiges Angebot zu verschiedenen Energie- und Klimathemen. Die Veranstaltungen für Gruppen und Klassen von der Kita bis zur Oberstufe reichen von praktischen Lerneinheiten zu erneuerbaren Energien über theaterpädagogische Ansätze hin zu Lehrerfortbildungen und dem Verleih von Lernmaterialien. Die größte Bestätigung für die erfolgreiche Arbeit liegt aber vor allem darin, dass immer mehr Menschen die Angebote wahrnehmen. Den TeilnehmerInnen wird bewusst, dass konsequenter Klimaschutz nur gemeinsam gelingen kann – und sie versuchen auch ihre KollegInnen und Bekannten mit einzubeziehen und für das Klimaaufliegen zu gewinnen.

Leonore Sibeth,
Leiterin des Projekts Prima-Klima
an der Umweltstation Augsburg

- ▷ www.prima-klima-augsburg.de
- ▷ www.us-augsburg.de

SCHWERPUNKT: BILDUNG UND KLIMASCHUTZ

WWF-Schülerakademie

Forschen für den Klimaschutz

□ Im 2°Campus des WWF und der Robert-Bosch-Stiftung können SchülerInnen ihren Forschergeist und ihr Engagement für den Klimaschutz ausleben. Im nächsten Jahr beschäftigt sich die Schülerakademie mit verschiedenen drängenden Zukunftsfragen. Unter anderem werden die jungen NachwuchsforscherInnen dann erforschen, wie die Energieversorgung der

Zukunft aussieht oder wie sich Mobilität, Wohnen und Ernährung verändern werden. Zusammen mit WissenschaftlerInnen suchen die Jugendlichen nach konkreten Lösungsansätzen, wie die globale Erwärmung gebremst und wie in Deutschland die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 Prozent gesenkt werden können. Bewerben können sich Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren, die Spaß am Forschen haben und sich für den Klimaschutz einsetzen möchten. Bewerbungsschluss ist der 3. Dezember, die Teilnahme ist kostenfrei.

- ▷ www.wwf-jugend.de/durchstarten/2-grad-campus/

Klimazeitung für Kinder

Zwei Grad

□ Die erste Ausgabe von „Zwei Grad-Deine Umweltzeitung“, einem Magazin für Kinder im Alter von acht bis 14 Jahren zu Klimawandel und Umweltschutz, ist erschienen und überzeugt mit illustrierten Info- und Lesestrecken zum Nachfragen, Weiterdenken und Mitmachen. Dabei geht es um allgemeine Fragen zum globalen Klimaschutz und auch um konkrete Handlungsoptionen im direkten Umfeld. Ohne moralischen Fingerzeig werden Themen und Fragen so aufbereitet, dass Kinder und Jugendliche Umweltpolitik

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

hinterfragen oder klimafreundliches Handeln selbst ausprobieren können. Jede Zwei-Grad-Ausgabe wird sich außerdem einem Rohstoff widmen. Die erste Ausgabe von Zwei Grad startet mit dem Rohstoff Holz, nimmt die Herstellung eines Handys unter die Lupe und erklärt Grundlegendes zum Zwei-Grad-Ziel und dem Klimawandel. Das Heft kann kostenlos bestellt werden.

▷ www.deine-umweltzeitung.de

Tagungsdokumentation ANU

Energiewende und Bildung

□ Die Dokumentation der Tagungsreihe „BNEE – Bildung für nachhaltige Entwicklung und Erneuerbare Energien“ stellt Fachbeiträge von Energie- und BildungsexpertInnen sowie Bildungsprojekte vor. Darüber hinaus enthält die Tagungsdokumentation aber auch Unterrichtsmaterialien, die LehrerInnen und PädagogInnen dabei unterstützen, Themen der Energiewende zielgruppengerecht aufzubereiten. Eine PDF der Dokumentation steht auf der Homepage der ANU zum Download zur Verfügung. Per Mail können Interessierte aber auch ein gedrucktes Exemplar bestellen.

▷ www.umweltbildung.de/bnee

UfU-Newsletter

Klimaideen kompakt

□ Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) widmete seinen September-Newsletter dem Thema „Schule und Klimaschutz“. Er bietet Interessierten Termine, Materialien und Best-Practice-Beispiele zu Klimaschutz an Schulen. Der Newsletter will LehrerInnen mit konkreten Tipps und Beispielen ermuntern, an der eigenen Schule für Klimaschutz und Energiewende aktiv zu werden. Er kann auf der Homepage des UfU abonniert werden.

▷ www.kurzlink.de/ufu-newsletter092013

Bundesverband Schule Energie Bildung

Energiesparprojekte bundesweit

□ Der Bundesverband Schule Energie Bildung wird von ExpertInnen und Institutionen getragen, die sich bundesweit für einen effizienten Einsatz von Energie engagieren und über langjährige Erfahrungen mit Energiesparprojekten in Schulen verfügen. Über die Landesgrenzen hinaus setzen sie sich dafür ein, Schulen zum effizienten Umgang mit Energie zu motivieren, indem sie an eingesparten Energiekosten beteiligt werden. Die übersichtliche Homepage des Verbandes informiert über die verschiedenen Prämiensysteme beim schulischen Energiesparen und bündelt weiterführende Online-Hilfen, Literatur und praktische Hilfen.

▷ www.schule-energie-bildung.de

éducation 21

Klimapoker

□ Die Schweizer Organisation éducation 21 bündelt seit Januar 2013 die Themenfelder der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für das Schweizer Bildungssystem. Die neue Organisation entstand durch die Fusion der Stiftung Bildung und Entwicklung (SBE) mit der Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB).

Education 21 stellt LehrerInnen auch Lehrmaterialien zur Verfügung, unter anderem das Kartenspiel „Klimapoker“ für SchülerInnen aber der sechsten Klasse. Zwei bis vier Spielende können in der Rolle von DiplomatInnen erahnen, wie bei Klimaverhandlungen gepokert wird. Das einfach erlernbare Kartenspiel vermittelt Wissenswertes zum Klimawandel, beispielsweise CO₂-Emissionen, Todesopfer und Unwetterschäden. „Klimapoker“ ist auch als Teil einer Klimarallye geeignet. Auch zu anderen Themen finden sich auf der Homepage Spiele, Informationen und Unterrichtseinheiten.

▷ www.globaleducation.ch

Transformation von unten

Grassroots 2.0 trifft Umweltbildung

□ Der ANU Bundesverband blickt am 14. und 15. November im Rahmen seiner Bundestagung in Frankfurt am Main auf zahlreiche „ökofaire“ Graswurzel-Initiativen. Diese Initiativen sind Beispiele für junge Menschen, die für die „große Transformation“ für Nachhaltigkeit nicht auf die etablierte Politik warten wollen, sondern selbst aktiv werden. ANU ruft zur Beteiligung an einem Marktplatz auf, auf dem sich junge Graswurzel-Initiativen und Umweltbildungsanbieter vorstellen, die bereits in der Transformation aktiv sind. Unter dem Motto „Vom Handeln zum Wissen“ können die TeilnehmerInnen mit Andrea Baier, Maja Göpel und Christoph Harrach diskutieren, wie zukunftsfähig die neuen Initiativen sind.

▷ www.umweltbildung.de

ANU Hessen

Fortbildung Konsum

□ Das Naturschutzhaus Weilbacher Kiesgruben veranstaltet in Kooperation mit der ANU Hessen und der Clément Stiftung eine Fortbildung für ErzieherInnen, LehrerInnen und MultiplikatorInnen unter dem Motto „HEUTE für MORGEN denken und handeln: Konsum“. Die TeilnehmerInnen beschäftigen sich im Rahmen der Fortbildung mit grundlegenden Fragen des Konsums. An konkreten Beispielen sollen sie die Produktionswege nachvollziehen und Alternativen zum Neukauf kennenlernen. So erhalten die MultiplikatorInnen das Handwerkszeug, um das Thema mit unterschiedlichen Zielgruppen zu erarbeiten.

▷ www.weilbacher-kiesgruben.de

Ins Freie- Natur unterwegs e.V.

Mit Kindern ins Freie

□ Naturerlebnisspiele fördern die sinnlichen, motorischen, kreativen, kognitiven und sozialen Fähigkeiten. Die langjährige ANU-Mitgliedsorganisation „Ins Freie –Natur unterwegs e.V.“ bietet am 9. November in Westerkappeln eine Fortbildung zum Thema Naturerlebnisspiele an. Eingeladen sind alle, die mit Kindern arbeiten. Der Kurs beinhaltet Kennenlernen und Wahrnehmungsspiele, Flow-learning nach Joseph Cornell sowie Methoden, um Gruppenprozesse mit Spielen zu lenken und Spiele situativ anzupassen.

▷ www.insfreie.de

Klimahaus Bremerhaven 8° Ost

Vielfalt vermitteln

□ Am 12. März 2014 veranstaltet das Klimahaus Bremerhaven 8° Ost sein drittes Bildungsforum unter dem Motto „Weltkulturen entdecken – Vielfalt vermitteln“. Der Schwerpunkt des Forums liegt im nächsten Jahr auf kultureller Bildung an außerschulischen Lernorten. Vor allem sollen Umsetzungsmöglichkeiten kultureller, außerschulischer Bildungsansätze diskutiert und Bewusstsein für den Wert kultureller Vielfalt durch Bildung geschaffen werden. Eingeladen sind Lehrkräfte aller Schulformen, MitarbeiterInnen in Kindertageseinrichtungen und aus Erwachsenenbildungsinstituten, sowie PädagogInnen und Interessierte aller Fachrichtungen.

▷ www.klimahaus-bremerhaven.de

Berufsbegleitende Fortbildung

Natur schafft Wissen

□ Die BINU-Bildungswerkstatt für Natur und Umwelt ist seit 2004 im norddeutschen Raum auf naturpädagogische Fort- und Weiterbildungen für MultiplikatorInnen im Bildungsbereich spezialisiert. In der

berufsbegleitenden Qualifizierung „Fachkraft für Naturerlebnispädagogik“ erfahren die TeilnehmerInnen in vierzehn Modulen, wie sie Gruppen beim Naturerleben professionell begleiten können. Die anerkannte Weiterbildung ist Teil des Maßnahmenkatalogs des Nationalen Aktionsplans der UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie des Hamburger Aktionsplans „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“.

▷ www.natur-schafft-wissen.de

WISSENSWERT

Animationsclips zur politischen Bildung

WissensWerte

□ Im Rahmen des Projektes WissensWerte produziert, publiziert und verbreitet e-politik.de Animationsfilme zur politischen Bildung. Dabei legen die Macher großen Wert darauf, eine junge Zielgruppe direkt anzusprechen. Insbesondere die kommunikativen, partizipativen und kreativen Möglichkeiten des Web 2.0 werden dafür genutzt. Dabei werden der technisch innovative Rahmen und der didaktisch aufbereitete Inhalt zu einem spannenden Gesamteindruck. Der aktuelle Film erklärt den globalen Produktionsprozess eines Smartphones und dessen Folgen für Umwelt- und Arbeitsschutz.

▷ www.e-politik.de/lesen/wissenswerte-animationsclips-zur-politischen-bildung

Mehr biologische Vielfalt im Kindergarten

Kinder-Garten

□ Das Projekt „Kinder-Garten im Kindergarten – Gemeinsam Vielfalt entdecken“ will schon die Kleinsten für Natur und Artenschutz begeistern. Dafür wird ein Netzwerk von 200 Kindergärten aufgebaut, die Wissen und Erfahrungen rund um das Thema Garten, Natur und Vielfalt austauschen. Teil des Projekts sind unter anderem kostenlose Workshops zu Garten, Pädago-

gik und Ernährung. Interessierte Kindergärten können sich noch bis Januar 2014 bewerben. Das Vorhaben läuft im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt und wird vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) gefördert.

▷ www.kinder-garten.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

4.-5.11.13, Berlin

5. NUN Konferenz. Tagung

Die Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade (NUN) tagt unter dem Motto „Wie gut ist Bildung für nachhaltige Entwicklung wirklich?“

▷ www.nun-dekade.de/nun-konferenzen

14.–15.11.13, Frankfurt/Main

ANU Bundestagung. „Transformation von unten – Grassroots 2.0 trifft Umweltbildung“ und ANU-Mitgliederversammlung

▷ www.umweltbildung.de

26.–27.11.13, Reimlingen

Perspektiven einer Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Erwachsenen. Seminar

Bildungslandschaften – Konzepte – Klima- und Energiewende stehen im Fokus.

▷ www.oeko-akademie.de

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

ANU
Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oekopaednews@anu.de;
Annette Dieckmann, dieckmannl@anu.de
ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de